

RETTUNGSANKER FÜR BUNDESDRUCKEREI

Insolvenz abgewendet – „Anpassung der Beschäftigtenzahl“

Nur 19 Monate nach ihrer Gründung stand die Holding der Bundesdruckerei, die authentos Gruppe, vor der Insolvenz. Nun soll der „Fortbestand der Unternehmen der authentos GmbH gesichert“ sein, verkündeten Gesellschafter, Bundesfinanzministerium und die Hessisch-Thüringische Landesbank (Helaba) Anfang August nach wochenlangen Verhandlungen.

Die Gesellschafter, mehrheitlich der britische Finanzkapitalgeber Apax, hätten „sich bereit erklärt, ihre Gesellschafteranteile an der authentos GmbH an neue Gesellschafter zu veräußern, um den Weg für die notwendige Restruk-

turierung der Unternehmensgruppe zu ermöglichen“, heißt es in einer Erklärung der Geschäftsführung. Wer diese sein werden, blieb noch offen. Details über Strukturveränderungen sollen erst in einigen Wochen bekannt gegeben werden. In jedem Fall wolle man „den langfristigen Fortbestand“ der ORGA-Kartensysteme (Chipkartenherstellung) GmbH mit Hilfe eines Sanierungskonzepts sichern. Weiterhin wurden „harte Schritte“ bei der Senkung der Kosten angekündigt, was mit einer „Anpassung der Beschäftigtenzahl“ einhergehen werde. Diese wolle man natürlich „sozialverträglich durchführen“. Für den Betriebsrat heißt das im Klartext, heftige Personaleinsparun-

gen – „Arbeitsplätze gehen verloren“, so Gesamtbetriebsratsvorsitzender Detlef Bachler. „Fakt ist, bis zum 1. März 2003 wird es nach dem geltenden Tarifvertrag keine betriebsbedingten Kündigungen geben.“

Der Verkauf der Bundesdruckerei und der Orga-Kartensysteme vom Bund als 100prozentiger Eigentümer im Dezember 2000 wurde von engagierten Protesten der Beschäftigten begleitet (Sprachrohr berichtete). Immerhin geht es allein in Berlin-Kreuzberg um den Erhalt von 1700 Arbeitsplätzen. Für rund 1 Milliarde Euro wurde das Tafelsilber an den britischen Finanzkapitalgeber Apax verkauft. Die Gesellschafter steu-

Fortsetzung Seite 3



Warnstreiks und Mahnwachen kurz vor dem Verkauf.



Fotos: transit/v. Polentz

Immer viel los auf dem Solibasars

SOLIBASAR '02

Der traditionelle Solibasars der Berlin-Brandenburger Journalistinnen und Journalisten findet am 24. August auf dem Alexanderplatz von 10 bis 17 Uhr statt. Schirmherr ist ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske. In diesem Jahr gehen die Spenden an ein Haus für Straßenkinder in der vietnamesischen Stadt Ca Mau. Das Projekt wird vom Berliner Verein „Kinderhilfe Hyvong Vietnam e.V.“ betreut. Zum Basar haben sich über 50 Teilnehmer angemeldet: Darunter Zeitungen und Zeitschriften wie Frankfurter Rundschau, Der Tagesspiegel, Freitag, Das Magazin, Russkij Berlin, Neues Deutschland, taz und Junge Welt. Mit dabei sind wieder Ver-

lage wie die AG Brandenburgische Buchverlage, Aufbau, Basisdruck, Dietz, edition ost, Eulenspiegel, Das Neue Berlin, Chr. Links, Schwarzkopf & Schwarzkopf und Stiftung Warentest. Auch die Produzenten und Anbieter von AV-Medien sind erneut vertreten: BMG, Amiga, BMG, Litera, Buschfunk, Deutschlandradio und der FFOst-Versand. Zudem stellen über 15 Vereine die Projekte ihrer Entwicklungszusammenarbeit vor.

Neu im Wahljahr ist um 14.30 Uhr ein Talk mit Politikern wie Detlef Dzembritzki (SPD), Petra Pau (PDS) und Hans-Christian Ströbele (Grüne) über Entwicklungszusammenarbeit, fairen Handel und Solidarität in den Zeiten der „Ich-AGs“.

AUS DEM INHALT

SEITE 3

Zur Ader gelassen für die Berliner Kultur

SEITE 7

Hörfunkmitarbeiter zur Party im Waschsalon

SEITEN 8/9

Zeitungskrise ist Managementkrise

SEITE 10

Umziehen und Bleiben

WIR ZIEHEN UM

Der Landesfachbereich Medien, Kunst und Industrie zieht aus dem Haus der Buchdrucker um in die Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin. Telefon 030 / 86 31-0. (siehe S. 10)

Bis zu 80 Prozent studentische Teilzeitbeschäftigte in größeren Betrieben, ein gewerkschaftlicher Organisationsgrad von 10 bis 15 Prozent, eine durchschnittliche Betriebszugehörigkeit von zwei bis drei Jahren – unter solchen Bedingungen führt ver.di einen Arbeitskampf? Wahnsinn! Das muss ja schief gehen.

Pustekuchen. Seit Anfang Juli streiken die Beschäftigten in Cinemax- und UFA-Kinos. Wieder einmal. Nachdem die IG Medien in einem wochenlangen Arbeitskampf im Herbst 2000 mit beiden Konzernen, die sich im „Arbeitgeberverband Dienstleistungsunternehmen“ (ar.di) organisiert hatten, einen Tarifvertrag für die Kino-Beschäftigten abschließen konnte, hatten die Beschäftigten bis zum Sommer streikfrei. Im Frühjahr dieses Jahres hatten wir fristgemäß zum 31. März den Entgelttarifvertrag gekündigt und eine Erhöhung der Stundenlöhne um jeweils 60 Cent gefordert, dazu Verbesserungen der Lohnstruktur. Zur Erinnerung: Die tariflichen Stundenlöhne liegen zwischen 6,81 und 8,42 Euro.

Ar.di hatte interessante Gegenvorschläge: Die Beschäftigten sollten für ein Jahr fünf Prozent ihres Lohnanspruchs auf einem Treuhandkonto zwischenlagern, um im Fall von Liquiditätsproblemen den Konzernen einen bequemen Überbrückungskredit geben zu können, oder aber im Jahr 2002

auf tarifliche Lohnerhöhungen ganz verzichten.

Die Idee mit dem Überbrückungskredit ließ ar.di schließlich in der dritten Verhandlungsrunde am 30. Mai fallen und konzentriert sich seither auf die Forderung, mit ver.di auf keinen Fall über Tarifloohnerhöhungen im

Arbeitskampfschulung und die Organisation flexibler Warnstreiks. Seit dem 2. Juli streiken Beschäftigte in unterschiedlichen Kinos immer wieder in verschiedenen Varianten: Mal streikt heute Oldenburg und morgen Wuppertal, dann übermorgen Freiburg, oder es streiken die Be-

ar.di immerhin dazu geführt, dass wir am 16. und am 30. August wieder miteinander verhandeln werden. Das Junktim, nicht über Lohnerhöhungen für das Jahr 2002 zu reden, hält ar.di allerdings unverändert aufrecht. Deshalb werden auch in den folgenden Wochen die Kinobesucher längere Zeit an den Kartenkassen anstehen oder auf die Filmstarts warten müssen, wenn die Filme nicht ohnehin komplett ausfallen.

Die Streikschwerpunkte liegen bisher in Baden-Württemberg, Bremen, Niedersachsen Nordrhein-Westfalen. Nicht in Berlin? Nicht in Berlin! Nachdem die Belegschaft des längst geschlossenen Marmorhauses im Jahr 2000 zur Spitze der Bewegung zählte, verzeichnen wir bisher außer zwei Warnstreiks im Cinemax am Potsdamer Platz und im Colosseum, noch keine Bewegung. Da haben die Aktiven der Cinemaxe Colosseum am Potsdamer Platz und der UFA-Kinos Cubix, Kulturbrauerei und Treptower Park noch einiges nachzuholen... Kurz vor Redaktionsschluss wurde jedoch signalisiert, dass es auch in Berlin zu verstärkten Warnstreikaktionen kommen wird. Die Stimmung unter den Beschäftigten tendiert gegen Null. Es wurde bekannt, dass die Filmtheater 2001 mit fast 990 Millionen Euro rund 20 Prozent höhere Einnahmen als im Jahr 2000 erzielten.

AUF EIN WORT

KINOSTREIKS – UNBERECHENBAR, MAL HIER, MAL DA



Foto: privat

DIETER SEIFERT, MEDIENSEKRETÄR AUS KÖLN UND KOORDINATOR DER BUNDESWEITEN AKTIONEN IN DER KINO-TARIFRUNDE

Jahr 2002 zu verhandeln; erst ab 2003 sei eine Anhebung überhaupt denkbar.

Dass wir uns auf diese Forderung nicht einlassen, ist selbstverständlich. Also zogen wir dieselben Register, die sich im Arbeitskampf 2000 bereits bewährt hatten: Aufbau einer Informationskette über das Internet, regelmäßige Verbreitung von Flugblättern, Buttons zur Tarifrunde, eine

schäftigten an mehreren Standorten zur selben Zeit. Das hat den Vorteil, dass ver.di für die Gegenseite absolut unberechenbar ist. Die Betriebsleitungen stehen ständig unter Druck, weil sie nie wissen, wann und wo wieder gestreikt wird – ein Erfolg, der unter anderem der Kommunikation per E-Mail zu verdanken ist.

Diese flexible Taktik hat nach monatelangem Schweigen bei

LESERBRIEFE

LESERBRIEFE GEBEN NICHT IN JEDEM FALL DIE MEINUNG DER REDAKTION WIEDER. SINNWAHRENDE KÜRZUNGEN SIND VORBEHALTEN.

ÄRGERLICHE NICHTERWÄHNUNG

Der für den „Poetenball“ (SP 3/02 S. 6-7 „Langstrecken Hörerlebnis in fünf spannenden Etappen“) zuständige Rezensentin fielen offenbar nur zu den Lesebeiträgen von Anja Tuckermann lobende und sinnfällig konkretisierende Adjektive ein – wiewohl sie im Anschluss erwähnt, dass gerade das junge Publikum offenbar den Geschichten aller Autoren mehr Beifall gezollt hat, als den nachfolgenden Darbietungen. Wirklich ärgerlich und für ein Sparten übergreifendes Sprachrohr nachgerade peinlich empfinde ich hierbei jedoch die Nichter-

wähnung der Carrouselchauspieler Helmut Geffke und Nadine de Zanet, die bei dieser Lesung als künstlerisch übergreifenden Kontrapunkt zwei Texte zweier anwesender Autoren im wahrsten Sinne des Wortes zum Besten gegeben haben. Sehr hart an der journalistisch „halben Wahrheit“ dann auch der Hinweis im vorletzten Absatz, wonach das mit der Eintrittskarte bezahlte Häppchen-Buffer „längst nicht allen Labe geboten“ habe – dass jedoch auch viele ältere Besucher schon kurz nach 22 Uhr enttäuscht von dannen gezogen waren und insgesamt von einer „Mogelpackung“ gesprochen hatten, weil ihnen erst im Kleingedruckten aufging, dass dieser PoetenBALL vor das Tanzvergnügen erst die „Ableistung kultureller Pflichtenübungen“ einforderte, davon kein Wort. ...

Ulrich Karger

POETENBALL AUF HOHEM NIVEAU

... Das Büffet auf dem 1. Poetenball des Schriftstellerverbandes in ver.di (SP 3/02 „Langstrecken-Hörerlebnis...“) war ratzekahl leer gefegt, bevor alle sich an ihm bedienen konnten. Und doch merkte man auch hier, dass man sich unter lauter schöpferischen Menschen befand: Binnen kurzer Zeit war ganz unkonventionell Nachschub vor Ort und sonst schreibende Hände waren mit dem Zubereiten von Nahrung befasst. Die geistige Nahrung jedoch, die an diesem Abend geboten wurde, war ausgesprochen gehaltvoll, abwechslungsreich und bot Anregung und Entspannung auf hohem kulturellem Niveau. ... Alles in Allem ein Erlebnis, wie ich es zumindest so abwechslungsreich und überraschend nicht erwartet hatte. Der

erste Poetenball hat seine Premiere prima bestanden und schreit danach, Tradition zu werden. Für die folgenden also hier noch ein paar Bereicherungsvorschläge: ein Buchtisch, wo man sich einen Überblick über die Werke der Mitglieder des Verbandes verschaffen und sie käuflich erwerben kann ... Und die Bar in den Händen des Verbandes brächte Geld in die ja immer leeren Kassen und vielleicht die Gewähr auf Ausdauer und größere Reichhaltigkeit. ... Mit einer stärkeren Betonung des Suffixes „ball“ könnte die Eigenbeteiligung des Besuchers beträchtlich erhöht werden sowohl in seinem Bewegungs- wie auch in seinem Kommunikationsaspekt. Verbleibt mir nur, den Machern für ihr schier unglaubliches Engagement zu danken mit einem sportlichen: Auf zum nächsten!

Iris Rudolph

Zur Ader gelassen

Künstler spenden für die Bankgesellschaft, doch die lehnt „Wirtschaftssponsoring“ ab



Fotos: transit/v. Polentz

Blutbankaktion im Martin-Gropius-Bau: Erste Hilfe in schwerer Zeit

Berlin ist ausgelagt, paralytisch, pleite. Überall muss bis zum Äußersten gespart werden. Auch die Kultur ist neuerlich betroffen. Der Doppelhaushalt 2002/2003 schraubt die Ausgaben im Kulturbereich auf ganze zwei Prozent des Landesetats und damit auf Provinzniveau herab. Jedes Zeichen könnte wichtig sein, meinte auch der Berliner „Rat für die Künste“. Seine ursprüngliche Idee, den Berlinern als Entbehnungstraining einen theater-, konzert- und generell kunstfreien

ner Künstler und Kulturschaffender erklärtermaßen das Leid der anämischen Berliner Bankgesellschaft lindern helfen, denn deren Krise verschärfe die Sparzwänge, hieß es immer wieder.

Die Benefiz-Aktion im Martin-Gropius-Bau entbehrte jeglicher Polemik, sie wirkte beinahe so, wie sie gemeint war: klinisch rein. Lediglich auf der Empore spielte eine einsame Geige. „Sonst keine Kunst“, verkündeten die Organisatoren. Der „politisch-medizinische Vorgang“, so Mitorganisator und Regisseur Roland Brus, solle „lediglich auf der Höhe des Zynismus der Ereignisse Zeichen setzen“.

Zunächst wollte man die Spendenstation direkt im gegenüberliegenden Abgeordnetenhaus aufschlagen, wo zeitgleich der Berliner Doppelhaushalt beschlossen wurde: „Preußischer Herbst im Preußischen Landtag“. Parlamentspräsident Walter Momper hatte das nach Rücksprache mit den Fraktionen zu seinem „Bedauern“ abgelehnt. Dennoch strömten die Einsichtigen in Scharen. Vor den Tischen der Schwestern und Ärzte warteten geduldig Spendenwillige, die auch die Standard-Fragebogen rubrik, ob sie je der Prostitution nachgingen, gelassen beantworteten. In der Schlange zur Voruntersuchung konnte man leicht hinter Grünenpolitikerin Sybill Klotz zu stehen kommen, die mehrfach versuchte, Ex-Kulturse-

Zeichen setzen auf der Höhe des Zynismus



„Kulturfeiertag“ nach dem Beispiel des autofreien Sonntags zu verordnen, erwies sich als nicht realisierbar. Daraufhin ersann man ganz Existenzielles.

„Blut ist ein ganz besonderer Saft“, lässt Goethe den Mephistopheles sagen, nachdem der sich als Knecht angedient hat. Vielleicht davon inspiriert, deklarierte der Rat seine „Blutbank“-Aktion am 27. Juni als „Erste Hilfe in schwerer Zeit“. Mit einer kostenlosen Spende sollten Berli-

natorin Adrienne Goehler an ihre Seite zu winken. Im Rücken diskutierten derweil freie Performancekünstlerinnen mit einem Fotografenkollegen die mutmaßliche Stärke der sie erwartenden Kanüle. Das Fachpersonal vom ambulanten Transfusionsdienst der Charité bewältigte den Andrang gelassen-freundlich und perfekt organisiert. Die acht kreisförmig aufgestellten Betten im Lichthof des Museumsbaus waren ständig belegt. Meist saßen Trostspender den Liegenden zur Seite. Für alle wurde ein Fädchen von einem riesigen roten Wollknäuel gewickelt. Als Andenken oder auch als Beweisersatz für das, was Mephisto sich in „ein paar Zeilen“ ausgebeten hatte. Derart geschmückt verließen etwa die Theaterleute Jürgen Schitthelm, Bernd Wilms und Ivan Nagel oder Festspielchef Joachim Sartorius das Bettenrund. Charlotte Worgitzky vom Berliner VS und Schriftstellerkollege Volker Braun hatten sich auf den Spenderliegen mit Schauspielerin Katja Riemann, Orchestermusikern, Malern, Publizisten und kommunalen Kulturvermittlern abgewechselt.

Lebenssaft für die Berliner Kultur



Mit 109 Konserven konnte das Transfusionsteam um Prof. Dr. Dr. Holger Kieseewetter nach der fünfständigen Aktion von danken ziehen. Was mit den eingenommenen 2180 Euro Aufwandsentschädigungen für den abgezapften Lebenssaft geschehen soll, ist allerdings noch unklar. Die Bankgesellschaft will die zweckgebundene Spende der Kultur an die Ökonomie nicht annehmen und die „Sanierung aus eigener Kraft meistern“, beschied man Rats-Sprecherin Nele Hertling. Die Kuratoren der Aktion denken in der Sommerpause darüber nach, wie sie mit ihrem „Wirtschaftssponsoring“ doch noch an die Adressaten kommen.

Helma Nehrlich

Bundesdruckerei

Fortsetzung von Seite 1

erten nur einen geringen Eigenbeitrag bei. Zirka 230 Mio Euro stundete der Bund für zehn Jahre und etwa 450 Mio Euro gab die Helaba als Darlehen. Die Tilgung und der Zinsaufwand für dieses Darlehen betragen pro Jahr 50 bis 75 Mio Euro – Summen, die der Konzern für mehrere Jahre nicht aufbringen kann. Nach Einschätzung des Betriebsrates konnten die ersten anderthalb Jahre nur aufgrund der guten Kapitalausstattung der Bundesdruckerei überstanden werden. Guthaben und große Teile der Rücklagen seien abgeräumt worden. Vermutet werde, dass selbst die „Betriebsmittelkredite mit dem Wissen der Helaba“ für Tilgungen verwendet wurden, heißt es in einem Brief an ver.di. Als Hauptgründe für dieses wirtschaftliche Desaster benennt Gesamtbetriebsratsvorsitzender Bachler „den völlig überhöhten Verkaufspreis, den Zusammenbruch des Telekommunikationsmarktes und ein eindeutiges Missmanagement der Gesellschafter“. Es sei offensichtlich und durch den Jahresabschluss 2001 belegt, dass vor allem die Orga überbewertet und damit zu teuer von der apax gekauft wurde. Generell stehe die Frage: Wieviel ist der Konzern einschließlich der Bankdarlehen und der Kaufpreisstundung des Bundes überhaupt noch wert? „Verluste wurden nicht einkalkuliert, das Geschäftsrisiko falsch eingeschätzt, Es mangelte von Anbeginn, an vernünftigen Konzepten der Gesellschafter“, so Bachler.

Der Betriebsrat und ver.di appellierten an den Bund „nach dem Misslingen dieses von Anfang an fragwürdigen Deals“ endlich seiner politischen Verantwortung gerecht zu werden. „Vor dem Hintergrund allgemeiner Sicherheitsprobleme ist es fahrlässig, einen Betrieb, der hochsensible Produkte wie Geldscheine und Personalausweise herstellt, einem wirtschaftlichen Schlingerkurs auszuliefern“, betont Frank Werneke, Mitglied des ver.di-Bundesvorstandes. „Würde der Bund die Kaufpreisstundung erneut in eine Beteiligung an der Bundesdruckerei umwandeln, hätte er wieder einen direkten Einfluss auf einen staateigenen Hochsicherheitsanbieter“, meint Bachler.

Karin Wenk

„Lange Pause“ im Friedrichstadtpalast

Für die Tänzerinnen und Tänzer des hauseigenen Balletts im Berliner Friedrichstadtpalast ist weiterhin kein neuer Tarifvertrag in Sicht.



Der Haustarifvertrag für das Friedrichstadtballett war bereits 1998 von der Arbeitgeberseite gekündigt worden. Seit einem Jahr wird um eine Neuregelung verhandelt. Ziel der Tarifkommission von Beschäftigten und ver.di ist es, die Gehälter der Ballettmitglieder an das Niveau vergleichbarer Ballette anzugleichen, eine

leistungsorientierte Bezahlung zu vereinbaren sowie umfangreiche zeitgemäße Manteltarifregelungen durchzusetzen. Dazu zählen u.a. die Festschreibung eines Weiterbeschäftigungsanspruchs sowie von Umschulungs- und Qualifizierungsregelungen für aus dem Beruf ausscheidende Künstlerinnen und Künstler.

Um den Forderungen Nachdruck zu verleihen, hatte am 4. Juni ein kurzfristiger Warnstreik stattgefunden, der die Fortsetzung der Abendvorstellung nach der

Pause verzögerte und vom Intendanten als „Bummelstreik“ bezeichnet worden war. Nach zahlreichen ergebnislosen Verhandlungsrunden legte die Intendanz am 17. Juli endlich ein Angebotspaket vor, das von Arbeitnehmerseite allerdings als völlig unzureichend gewertet wird. Die Verhandlungen wurden daraufhin abgebrochen. Nach der Sommerpause sollen die Tänzerinnen und Tänzer über das Angebot abstimmen und das weitere Vorgehen beschließen.

neh

■ Statt „Glöckner“ demnächst „Cats“

Die Zukunft des Musicaltheaters am Potsdamer Platz ist längerfristig gesichert.

Die zwei Monate andauernde Insolvenz der Stella Musical Theater konnte Mitte Juli durch einen Tarifabschluss für das Bochumer Musical „Starlight Express“ beendet werden. Damit hatte auch das letzte der sechs ehemaligen Stella-Häuser einen Tarifvertrag mit ver.di und der Weg für Investoren zur Übernahme der Häuser wurde freigemacht.

Zuvor hatte ver.di bereits mit der Stage Holding Deutschland eine Tarifbindung auch für das Berliner Musicalhaus erreicht. Insgesamt sei die Sicherung aller Standorte und der Arbeitsplätze gelungen, betonte ver.di-Verhandlungsführer Wolfgang Paul. Im Haus am Potsdamer Platz gilt eine langfristige Bespielung mit Neuproduktionen als sicher. Im Oktober startet die Stage Holding hier mit dem Musical „Cats“.

neh

■ Radio Cottbus jetzt gestartet

Das erste Regionalradio für die Lausitz ist seit dem 1. August „on air“. Rund um die Uhr sendet Radio Cottbus auf der Frequenz 94.5 für die Spree-Neiße-Region. Der Sender erreicht von Cottbus aus 340 000 Hörer. Das Sendeformat verknüpft Unterhaltung mit Information. Neben einer

breiten musikalischen Palette werden der überwiegenden Zielgruppe der 14 bis 49jährigen täglich lokale Informationen über Verkehr, Wetter, Sport und aktuelle Nachrichten geboten. Den Hut für das Programm haben die erfahrenen Radiomacher Olaf Hopp und Stephan Schwenk auf. Hopp war zuletzt Geschäftsführer des Berliner Radiosenders 87.9 Star FM und Schwenk war u.a. Geschäftsführer des Berliner Spreeradios.

wen

■ Tariferhöhung in Buchverlagen und Buchhandel

Für die Buchverlage und den Buchhandel Berlin wurde am 9. Juli ein Tarifabschluss erreicht. Danach erhalten alle Beschäftigten ab dem 1. September 2002 einschließlich der Auszubildenden eine prozentuale Tariferhöhung von 3,1 Prozent. Die Laufzeit des Vertrages geht bis zum 31. Mai 2003.

Des weiteren wurde ein Tarifvertrag über die betriebliche Altersvorsorge abgeschlossen. Er ermöglicht die Entgeltumwandlung zugunsten einer Versorgungszusage zum Zweck der Altersversorgung. Obwohl zwischen dem Kündigungstermin des Tarifvertrages zum 31. Mai 2002 und dem Beginn der Tariferhöhungen eine dreimonatige Lücke klafft, hat die gemeinsame Tarifkommission der ver.di-Fachbereiche Medien, Kunst, Industrie und Handel diesem Abschluss zugestimmt.

wen

LEINWAND FÜR MEN IN BLACK BLIEB DUNKEL

Den Kinoabend hatte sich so mancher anders vorgestellt: Nicht nur das Publikum war verwirrt, auch die Geschäftsführung des CinemaxX am Potsdamer Platz war nicht vorbereitet, als ab 19.30 Uhr ein Warnstreik begann: Am 20. Juli, dem Samstag nach dem Men-in-BlackII-Kino-Start, legten alle Mitarbeiter an den Filmprojektoren für eine Stunde die Arbeit nieder.

Sie gingen vors Haus und verteilten Flugblätter, auf denen sie ihre aktuellen Tarifforderungen und die Hintergründe der Aktion erläuterten. Einige Mitarbeiter von Service und Verkaufsständen schlossen sich an. Obwohl die Geschäftsleitung versuchte, Streikbrecher einzusetzen, lief bis zum Ende des Warnstreiks in den 19 Kinos des Hauses gar

nichts. Einige Projektoren starteten erst nach 90 Minuten wieder, weil die unkundigen Streikbrecher Schäden angerichtet hatten oder Filme erst zurück gespult werden mussten. „Das Ziel, den Vorstellungsbeginn zu verzögern und die Öffentlichkeit auf die Tarifforderungen der Mitarbeiter aufmerksam zu machen, wurde voll erreicht“, erklärte Dietrich Peters von ver.di Berlin-Brandenburg. Das Kinopublikum habe unterschiedlich reagiert, ganz überwiegend aber Verständnis gezeigt und sogar Hilfe angeboten. Einige Besucher waren natürlich auch verärgert. Insgesamt wurden bei diesem ersten Berliner Warnstreik 800 Flugblätter verteilt und ein breites Publikum angesprochen.

neh (siehe S.2)

Fotos: transitiv, Polentz



Warnstreikaktion im CinemaxX am Potsdamer Platz in Berlin

Keine „Durchlöcherung des Tarifvertragsrechts und des Betriebsverfassungsgesetzes“, forderte die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Margret Mönig-Raane angesichts verschärfter Angriffe von CDU/CSU und FDP auf geltende Gesetze. Nach einem möglichen Bundestagswahlsieg von Stoiber und Westerwelle, so der Tenor einer ver.di-Informationsveranstaltung Ende Juni im Gewerkschaftshaus am Engeldamm, drohen schwerwiegende Demontagen politischer und sozialer Standards. Darüber müsse durch die Gewerkschaften verstärkt informiert und dazu argumentiert werden, betonte auch Susanne Stumpfenhusen, ver.di-Chefin von Berlin-Brandenburg.

Margret Mönig-Raane setzte sich vor allem mit dem Vorhaben in den schwarz-gelben Wahlprogrammen auseinander, das Günstigkeitsprinzip des Tarifvertragsgesetzes in neoliberalen oder konservativem Sinne umzufunktionieren. Das gipfelte bereits in einem Gesetzentwurf der FDP, dem Anfang 2002 auch die CDU/CSU zustimmte. ver.di-Chef Frank Bsirske sieht in den entsprechenden

Schwarz-gelb will infame Lösung

Passagen der Wahlprogramme den „fundamentalsten Angriff auf das Tarifsystem und die Tarifautonomie seit 50 Jahren“ und damit auf die „Grundlagen der Gewerkschaftsarbeit“. Union und FDP deklarieren vor allem zwei Ziele: Zunächst sollen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in einer Bewerbungssituation auf tarifliche Rechte verzichten können, um ihre Einstellung zu erreichen. Ein Verzicht auf tarifliche Rechte soll weiter dazu dienen, betriebsbedingte Kündigungen abzuwenden. Neben der individuellen Entscheidung einzelner Mitarbeiter soll ein Beschluss des Betriebsrates oder ein mehrheitlicher Belegschaftsentscheid in Unternehmen ausreichen, Tarifverträge zu unterschreiten. Wo bisher die Tarifparteien über die Öffnung von Verträgen in Krisensituationen entscheiden müssen, wollen CDU und CSU „betriebliche Bündnisse für Arbeit“ ermöglichen. Die FDP tritt offen für die generelle Ab-



Margret Mönig-Raane, stellvertretende ver.di-Vorsitzende:
„Damoklesschwert über vielen Arbeitsplätzen“

Eine Rutsche voller Schmierseife

Energischer Widerstand gegen verschärfte Angriffe auf die Tarifautonomie gefordert

schaffung des Flächentarifvertrags ein. Das sogenannte „Günstigkeitsprinzip“, das bis zur Abweichung vom Tarifvertrag „nach oben“ ermöglicht, soll im Interesse einer nicht näher bestimmten Sicherheit von Arbeitsplätzen dann auch wesentliche Abweichungen nach unten gestatten. Mönig-Raane sieht das als „Damoklesschwert über unheimlich vielen Arbeitsplätzen“ und als „infame Lösung“. Denn der Arbeitgeber, der zur tatsächlichen oder vermeintlichen Sicherung von Arbeitsplätzen tarifliche Leistungen kürze, handele nach den schwarz-gelben Vorstellungen „geradezu verantwortungs-

bewusst“. Tarifverträge würden zu „unverbindlichen Empfehlungen“ deklassiert. Tarifautonomie, so Mönig-Raane, sei aus gewerkschaftlicher Sicht ganz unverzichtbar. Es gelte eine klare Tren-

Tarifverträge zur Empfehlung deklassiert

nung zwischen Tarifvertragsparteien und Betriebsräten. Lohn- und Einkommensbedingungen seien auch zur Verhinderung von Wettbewerbsverzerrungen und Sozialdumping grundsätzlich auf Branchenebene, nicht auf der

Ebene einzelner Unternehmen auszuhandeln. Eine Verlagerung auf die betriebliche Verhandlungsebene bedeute eine „Rutsche, die mit Schmierseife ausgestattet ist“. In Tarifverhandlungen sei auch „sehr rigide“ mit Öffnungsklauseln umzugehen, „sonst erfüllen wir die Unions- und FDP-Forderungen freiwillig, ohne ein Komma am Gesetz zu ändern“. Um überhaupt über Öffnungen nachzudenken, müssten die Arbeitgeber den Tarifparteien eine wirtschaftliche Notlage nachweisen, Pläne zu plausiblen und belastbaren eigenen Gegenmaßnahmen vorstellen sowie eine strikte zeitliche Befristung akzeptieren. Auch bei Öffnungsklauseln gelte der Grundsatz vom gegenseitigen Geben und Nehmen. Schließlich müssten solche Klauseln auch deshalb zwischen den Tarifvertragsparteien vereinbart werden, um ihre gerichtliche Nachprüfbarkeit zu sichern. Eine solche wäre auf betrieblicher Ebene nicht gegeben.

In der Debatte hoben Gewerkschafter hervor, dass die Pläne von CDU/CSU und FDP faktisch auf eine „andere Republik“ zielen. „Tarifverträge sind kein Instrument zur Konkursverhinderung“ wurde betont und nach den Grenzen der Autonomie von Haustarifkommissionen gefragt. „Betriebsräte sollen womöglich Tarifaufgaben übernehmen, ohne mit dem Streikrecht auch die Instrumente dafür in die Hand zu bekommen“, warnten Kollegen. Eine strikte Trennung von betrieblicher und Branchenebene sei auch dringlich, um Betriebsräte „nicht als Gewerkschaftskämpfer zu verschleifen“.

neh

ANZEIGE

Gesundheit und Gesundheitspolitik in Brandenburg

Sie

recherchieren, brauchen Informationen, Zahlen, Daten Hintergründe?

Rufen

Sie uns an!

Pressestelle der AOK für das Land Brandenburg
Potsdamer Straße 28, 14513 Teltow
Pressesprecher Jörg Trinsogga
Telefon 0 33 28/45 15 13
Telefax 0 33 28/45 15 14

Online erreichen Sie die AOK unter
<http://www.aok.de>
e-mail: joerg.trinsogga@brb.aok.de

Alleingang ohne Erfolg

„Tarifgemeinschaft Ost“ konnte kein Dumping durchsetzen

Am 21. Juni, nachts 2 Uhr, wurde ein Tarifvertrag für die Zeitungsverlage in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern abgeschlossen, der auch für Brandenburg im Wesentlichen die Regelungen des Flächentarifes Druckindustrie übernimmt. Auch der Manteltarifvertrag wurde wieder regulär in Kraft gesetzt.

Das erklärte Ziel der von den Verlegern vor Monaten extra gebildeten „Tarifgemeinschaft Ost“, in ihren Regionen spürbare Personalkostensenkungen durchzusetzen, wurde nicht erreicht. Zudem: „Es gibt keine Abkoppelung und keine neue Tarifmauer zwischen Ost und West“ freut sich ver.di-Verhandlungsführer Andreas Köhn vom Landesbezirk Berlin-Brandenburg. Allerdings stelle das Ergebnis einen „schweren Kompromiss“ dar. Die Beschäftigten müssen etliche Nullmonate ohne Tarifsteigerung hinnehmen: Löhne und Gehälter im Tarifgebiet Mecklenburg-Vorpommern steigen zum 1. Oktober 2002 um 3,4 Prozent.



Foto: transit/v. Polentz

Warnstreik in der MAZ, rechts Hartmut Krüger vom Betriebsrat

Die Entgelte der gewerblichen Arbeitnehmer und Angestellten der Druckindustrie in Brandenburg werden zum 1. November 2002 um 3,4 Prozent erhöht, die Gehälter der Verlagsangestellten steigen hier linear um 3,4 Prozent erst ab 1. Dezember. Die Gehaltsvereinbarungen sind erstmals zum März bzw. April 2003 kündbar. Der Tarifvertrag zur Alters-

vorsorge wird für alle in Anlehnung an die in der Druckindustrie geltenden Fassung übernommen.

Noch zu Beginn der dritten Verhandlungsrunde hatten die Verleger ein „letztes“ Angebot mit 12 Nullmonaten vorgelegt und erklärt, dass sonst an die Manteltarifverträge herangegangen werden müsse. Erst nach Unterbrechungen kam es zur Einigung.

Sie ist nicht zuletzt der Streikbereitschaft der Potsdamer Drucker zu danken. Ab 13. Juni standen in der Märkischen Verlags- und Druck-Gesellschaft vier Tage lang die Maschinen still. Die Geschäftsführung hatte zeitweilig eine „Teilbetriebsschließung“ und damit die Aussperrung von 30 Mitarbeitern verfügt. ver.di und der Potsdamer Betriebsrat bemühten sich, Streikbrechertätigkeit nicht zuzulassen. Dass die in Potsdam nicht gefertigten Auflageanteile der Frankfurter Allgemeinen und ihrer Sonntagsausgabe stattdessen in Frankfurt/Main gedruckt wurden, habe man jedoch nicht verhindern können, berichtet Betriebsratsvorsitzende Karin Fischer: „Aber in unserer Druckerei hatten wir eine sehr solidarische Stimmung“. Ungeachtet des einvernehmlichen Tarifabschlusses versuche die Geschäftsleitung der MAZ, noch im Nachhinein die Belegschaft zu spalten. „Man dankt Beschäftigten in Verlag und Redaktion, die sich nicht am Streik beteiligt oder vom Arbeitskampf distanziert haben, führt Unterschriftenlisten. Das schafft massiv Unruhe für die bevorstehenden Tarifverhandlungen für Redakteure“, so Fischer.

neh

Spenden für die Kinder Mosambiks

Schule für Mahulana



Nach dem Bürgerkrieg half SODI in dem mosambikanischen Ort Minen zu räumen, dann eine Schule für 300 Kinder zu bauen, dann die Folgen der Jahrhundertflut zu beseitigen und nun ist die Bevölkerung in kurzer Zeit auf das Doppelte angewachsen. 200 Kinder haben wieder keine Schule. **Helfen Sie mit.** Spendenkonto 4385 2050 00, Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Kennwort: Schule Mahulana (Killmer).

SODI!

Solidaritätsdienst-international e.V.
Grevesmühlener Straße 16, 13059 Berlin
Telefon 030/928 6047, Fax 030/928 6003
info@sodi.de, www.sodi.de

Mit Spenden in Höhe von fast 20.000 DM unterstützten 1999 die Besucher des Solidaritätsbasars der Berliner JournalistInnen das SODI-Projekt „Eine Schule für die Kinder von Mahulana/Mosambik“. Im Jahr 2000 wurde der mit EU-Mitteln sowie Spenden des Solidaritätsdienstes International und des Eine Welt-Hauses Halle/Saale errichtete Schulneubau an die 300 Schüler und ihre Lehrer übergeben. Der Baum, unter dessen weit ausladenden Ästen bisher der Unterricht stattfand, hatte damit als „Ersatz-Klassenzimmer“ ausgedient. Ab sofort fiel der Unterricht während der Regenzeit nicht mehr „ins Wasser“. Nun wirbt SODI unter anderem am 1. September beim „Afrika-Fest von Rio nach Johannesburg“ des Trägerkreises rio+10 berlin&brandenburg in der Ufabrik, Victoriastr. 10-18, Berlin-Tempelhof und mit nebenstehender Anzeige wieder um Spenden für die Schule in Mahulana.

Die neue Schule platzt inzwischen aus allen Nähten. Infolge der Flutkatastrophen der Jahre 2000 und 2001 haben sich viele obdachlose Familien hier angesiedelt. 400 anstatt 300 Schüler werden gegenwärtig in drei Schichten unterrichtet. 200 weitere Lernhungrige haben sich angemeldet. Deshalb

SODI-Geld für
Schulneubau

will SODI seinen Partnerverein „PFUNAMA“ (Hilf Mahulana), die Kinder von Mahulana und ihre Eltern jetzt nicht im Stich lassen. SODI braucht 40.000 EUR an Spenden, damit das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung den Ausbau der Schule um 200 neue Schulplätze in den Klassenstufen Sechs und Sieben bezuschusst. Bitte helfen auch Sie mit Ihrer Spende, an der Zukunft Mosambiks zu bauen!

Schmutzige Wäsche wurde unter den Kollegen der verschiedenen Radiostationen in Holly's Wasch-Theke nicht gewaschen. Während an anderen Abenden im Waschsalon Kollwitzstraße 93 in Prenzlauer Berg bei Diskussionen über die Programmwahl die Frage ob Bunt-, Koch- oder Feinwäsche im Vordergrund steht, ging es am 7. August um Hörfunkprogramme. Rund 70 Hörfunk-Kollegen von privaten und öffentlich-rechtlichen Sendern hatten sich an diesem ungewöhnlichen Ort getroffen, um gemeinsam zu feiern. Eingeladen hatte connexx.av, das ver.di-Projekt für die Medienschaffenden in privatem Rundfunk, Film, AV-Produktion und Internet. Anlass für den fröhlichen Abend war die Veröffentlichung der Einschaltquoten an diesem Tag, die so genannte Media-Analyse (MA). In den vergangenen zwei Jahren hatte connexx.av mit großem Erfolg bereits ähnliche Partys für die Hörfunkmitarbeiter in Hannover organisiert.

„In Berlin tobt der Radiokrieg. Wir wollten diese Konkurrenzsituation, die besonders stark im Alltag zwischen privaten und öffentlichen Radiomachern herrscht, wenigstens für eine Nacht außer Kraft setzen“, betonte Katja Karger von connexx.av. Da in den Sendern ein striktes Sparprogramm durchgezogen wird, seien die neuen Zahlen eine gute Gelegenheit, damit die Kollegen sich selbst mit einer Party belohnten. „Zu den offiziellen MA-Feiern der Sender wird meist nur ein ausgewählter Kreis eingeladen. Aber die Mitarbeiter haben ein gutes Programm gemacht, egal wie die Zahlen ausgefallen sind“, so Katja Karger.

Auch wenn der Anlass die neuen MA-Zahlen waren, wollten die Initiatorinnen von connexx.av vor allem den Dialog unter den Kolleginnen und Kollegen fördern. „Einige kennen sich, aber viele

Keine schmutzige Wäsche im Waschsalon

connexx.av lud Hörfunkmitarbeiter zu einer fröhlichen Party ein



Foto: transit

sind sich noch nie begegnet“, sagte Katja Karger. Dies würde auch am Medium Radio liegen, der persönliche Kontakt unter den Mitarbeitern der verschiedenen Sender sei eher spärlich.

Die meisten Gäste nutzten den lauen Sommerabend und machten es sich an den Holztischen vor der Tür von Holly's Wasch-Salon bequem. Nach einer Schnupperphase, in der noch gerätselt wurde, wer für wen arbeitet und wie heißt, wurde dann heiß diskutiert. Gesprächsstoff bietet der Radiomarkt in Berlin reichlich. Die Arbeitssituation in den Sendern habe sich oftmals für die Mitarbeiter in den vergangenen Monaten rapide verschlechtert, meinte Katja

Karger. Besonders die Freien hätten einen schweren Stand. Deshalb sei es wichtig, dass connexx.av den Mitarbeitern die Chance zur Vernetzung bietet und auch bei den privaten Sendern Betriebsräte gewählt werden. „Erst vor wenigen Wochen ist dies bei 100,6 geglückt“, so Katja Karger.

Gute Laune herrschte am Tisch der Kollegen von F.A.Z.-Radio. „Wir sind mit unseren MA-Zahlen sehr zufrieden“, meinte Holger Kirschke. Er fand die Idee von connexx.av gut, die Mitarbeiter der Radiosender einzuladen und zusammen zu bringen. Sein Wermutstropfen: Er musste am nächsten Morgen früh arbeiten und konnte deshalb nicht so lange bleiben.

Direkt am Nachbartisch saß eine Gruppe Kollegen von Radio Eins. „Die Stimmung ist sehr gut, wir haben ein Plus von 15 Prozent“, sagte Tobias Jaecker. Das Ziel von Radio Eins, Anspruch mit Unterhaltung zu senden, habe sich in den Zahlen niedergeschlagen. Dies sei auch eine Anerkennung der eigenen Arbeit durch die Hörer. „Die meisten Kollegen hier kenne ich nicht“, sagte er. Persönliche Bekanntschaften über Sendergrenzen hinweg hätten meist nur die, die bereits für mehrere Sender gearbeitet haben. Deshalb sei ein solches Treffen sinnvoll.

Die Chance für neue Kontakte nutzten auch Kollegen, die nicht für den Hörfunk arbeiten. Auch von den Berliner Fernsehsendern hatten sich einige eingefunden. „Ich finde den Ansatz von connexx.av gut, zu dieser Party einzuladen. Anders bekommt man sie nicht zusammen“, betonte Lars Maibaum, Kamera-Assistent vom SFB. Die Einladung hatte ihn neugierig gemacht. Einige bekannte Gesichter hatte er bereits entdeckt. „Wir haben alle Jobs, bei denen wir allein arbeiten.“ Im Alltagsstress würde sich deshalb kaum die Gelegenheit zu einem Gespräch ergeben. „Die Kommunikation unter den Kollegen ist schon sehr schwer.“

Positiv wertete Sabine Loeprick von Antenne Brandenburg das gemischte Publikum: „Ich finde es sehr schön, mit Kollegen aus anderen Medien zu reden und Mitarbeiter anderer Hörfunksender zu treffen. So konnten wir die Menschen hinter den Zahlen kennenlernen.“

Die Organisatorinnen von connexx.av Katja Karger und Meike Jäger konnten den Abend als Erfolg verbuchen. Mehrfach wurden sie gefragt, wann das nächste Treffen stattfindet. Ein Termin steht aber noch nicht fest.

Silke Leuckfeld

Keine Zukunft für das Theater des Westens?

Das Theater des Westens (TdW) soll privatisiert werden. Das hieße: Im TdW aufgeführte Stücke werden eine Laufzeit von vielen Jahren haben. Das schließt dieses traditionsreiche Theater praktisch aus dem abwechslungsreichen Kulturleben der Stadt aus. Für die Berliner Bevölkerung ist das TdW „gestorben“. Nie-

mand – und schon gar kein Hauptstädter – wird, wenn er die laufende Produktion gesehen hat, das Haus noch besuchen. De facto gibt es dann „sein“ Theater des Westens nicht mehr. Mit dem TdW trifft es – nach dem Schillertheater – wieder ein Haus in Charlottenburg. Auch die künstlerische Zukunft des TdW sieht

düster aus. Hat das Theater des Westens bislang einen eigenen, unverwechselbaren und „berlin-typischen“ Stil profiliert, werden bei privaten Musical-Anbietern nur kommerzielle Produktionen „Made in USA“ aufgeführt. Nicht Kunst, sondern nur noch Kommerz erwartet dann künftig das Haus und sein Publikum. Da fragt

man sich ernsthaft: 0-8-15-Einheits-theater – bricht jetzt die Zeit der Multiplexe in der Theaterlandschaft an? Der Betriebsrat im Theater des Westens fordert:

Schluss mit dem Kulturabbau in Berlin! Das Theater des Westens muss als öffentlich gefördertes Theater weiterbestehen.

Geo

In der Region Berlin-Brandenburg wurden in den letzten Wochen und Monaten Freie, festangestellte Redakteure und Verlagsmitarbeiter in einer Zahl „freigesetzt“ wie lange nicht. In den großen Zeitungsverlagen werden teilweise keine Tarifgehälter gezahlt, in fast allen die Honorartöpfe gekürzt, Kolleginnen und Kollegen mit den abenteuerlichsten Begründungen gekündigt oder unter enormem Druck dazu gebracht, „freiwillig“ ihren Arbeitsvertrag aufzugeben.

Nahezu alle großen überregionalen Tageszeitungen haben ihre Berlin-Seiten gestrichen, Büros werden aufgelöst oder verkleinert. Das Management spricht von Sparmaßnahmen. Als Begründung dafür müssen allein Werbeeinbrüche herhalten. In den bevorstehenden Tarifverhandlungen wird von Arbeitnehmern und Gewerkschaften Zurückhaltung verlangt. Bedenkt man, dass sich Zeitungs- und Zeitschriftenverlage im Jahr 2000 mit satten acht bis zwölf Prozent Werbezuwächsen ein durchaus gutes Polster geschaffen haben, liegt der Verdacht nahe, dass die Werbeeinbrüche nur als Feigenblatt herhalten müssen, um weitere Einschnitte zu Lasten der abhängig Beschäftigten – die Freien eingeschlossen – aufzuweichen und den Bruch von Tarifverträgen zu bemänteln.



Fotos: transktiv, Polentz

Matthias von Fintel

ZEITUNGSKRISE IST EINE MANAGEMENTKRISE

Gespräch mit Matthias von Fintel, ver.di-Tarifsekretär Medien, über die derzeitigen Umbrüche auf dem Zeitungsmarkt

Sind die Werbeeinbrüche die alleinige Ursache für die gegenwärtige sogenannte Zeitungskrise in der Region und in der Bundesrepublik?

Unbestritten gibt es derzeit Werbeeinbrüche, die eine Neuordnung des Zeitungsmarktes befördern. Genau genommen befindet sich der Tageszeitungsmarkt in der hiesigen Region und darüber hinaus in einer Phase der Konsolidierung. Spezifisch für Berlin inmitten Brandenburgs ist dabei geradezu eine Überversorgung mit Tageszeitungen, anders als in anderen Großstädten der Bundesrepublik. Mit den Einbrüchen am deutschen, aber auch weltweiten

Werbemarkt fehlt natürlich das finanzielle Potenzial, um diesen Zeitungskampf in Berlin in der bisherigen Form weiter austragen zu können. Ausdruck dieser Entwicklung ist nicht zuletzt der Verkauf des Berliner Verlages von Gruner + Jahr an Holtzbrinck.

Holtzbrinck ist bereits vor sechs Jahren aus dem Arbeitgeberverband ausgetreten und zahlt seitdem seinen Redakteuren im „Tagesspiegel“ keine Tarifgehälter. Es wird über chronischen Geldmangel geklagt. Wie kann sich das Unternehmen dann den Kauf des Filetstücks Berliner Verlag leisten?

Holtzbrinck hat den Verlag im Tausch gegen seine Anteile am Fernsehsender n-tv erworben und sich damit wieder auf sein Kerngeschäft zurückgezogen. Deshalb

ist dieser Deal ja ein gutes Beispiel für die gegenwärtig stattfindende Neustrukturierung. Mitte der 90er Jahre gehörte Holtzbrinck zu jenen, die versuchten, das Print-Haus zu einem Medienkonzern auszubauen. G+J ist mit der deutschen Vereinigung in den Tageszeitungsmarkt eingestiegen und konzentriert sich jetzt wieder auf das, was er meint am Besten zu können: den Zeitschriftenbereich.

Demzufolge hat man sich übernommen, und an der gegenwärtigen Situation ist das Management nicht ganz unschuldig?

Ich bin überzeugt davon, dass die Zeitungskrise zunächst einmal eine Managementkrise ist. Dank der überdurchschnittlich hohen Werbeeinnahmen vor allem im Jahr 2000 wurde mit neuen Produkten kräftig expandiert. Anstatt

Polster für weniger gute Zeiten zu schaffen, legten sich beispielsweise überregionale Zeitungen Berlin-Teile zu, richteten Hauptstadtbüros ein, bauten Beilagen aus. Marktanalyse fand offenbar nicht oder nicht ausreichend statt. Schließlich traf man nicht auf die erwartete Leserschaft, fand nicht ausreichend Käufer und Abonnenten, von zusätzlichen Werbekunden ganz zu schweigen. Nun wird alles wieder dichtgemacht und eingestellt. Fraglich ist aber, ob die derzeitige Kehrtwende die richtige Strategie ist. Möglicherweise werden gerade dadurch neu gewonnene Leser und potentielle Abonnenten wieder verprellt.

Letztlich haben alle Medienkonzerne in den letzten Jahren ihre Millionen- und Milliardengräber geschauffelt, etwa wie Sprin-

HEIDER

BLATT



ger mit seinen defizitären TV- und Multimediabereichen. Statt teurer Expansion sollten sich Zeitungsmanager – die sich im übrigen selbst ganz kräftig ihre Millionengehälter erhöhten – ernsthaft die Frage stellen, wie man durch journalistische Qualität das Niveau der Printerzeugnisse erhalten oder steigern kann. Sonst kippt die Werbekrise tatsächlich in eine Zeitungskrise um.

Steht einer besseren journalistischen Qualität nicht die derzeit in den Redaktionen zu verzeichnende enorme Arbeitsverdichtung entgegen?

Qualität setzt ordentliche Arbeitsbedingungen voraus, das sehe ich auch so. Derzeit verlieren bundesweit Hunderte Redakteure ihre Arbeitsplätze, und auch Angestellte aus den Redaktionen und Verlagen etwa bei Fusionen a la „Berliner Morgenpost“ und „Welt“ sind betroffen. Die „Übriggebliebenen“ haben unendlich zu tun, schrubben – in der Regel unbezahlte – Überstunden ohne Ende, und die „Freigesetzten“ müssen sehen, wie sie ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Zugleich werden den Lesern aber bessere Zeitungen versprochen, dabei sind – um bei dem Beispiel der beiden Springer-Blätter zu bleiben – viele Artikel iden-

tisch, ganze Ressorts und Seiten weggefallen. Was die Leser von einer solchen „Qualitätsoffensive“ halten, zeigen die Auflagenrückgänge.

Fakt ist, es geht den Verlagen nicht so gut, es gibt Entlassungen. Wie kann ver.di in dieser Situation mehr Geld für Redakteure fordern?

In allen Tarifrunden neigen die Arbeitgeberverbände, so auch die Verleger, dazu, die Situation etwas schwärzer zu malen als sie ist. Das geschieht wider besseren Wissens. Es gehört dazu und ist dieses Mal offenbar sehr ausgeprägt, in den Redaktionen gezielt Angst zu schüren. Die wirtschaftliche Not bei den Verlagen ist jedoch nicht wirklich so, dass die Arbeitnehmer Angst haben müssen um ihre Häuser. Es wird versucht, die Personalkosten und andere fixe Kosten sehr schnell zu reduzieren, um eine günstige Ausgangssituation für eine vermutlich 2003 beginnende prosperierende Verlagswirtschaft, unter anderem durch einen wieder anziehenden Werbemarkt zu haben. Die Verlage füllen ihre Kriegskassen – auf Kosten der Arbeitnehmer, die ihren Arbeitsplatz verlieren oder gezwungen werden, aus ihrem festen Arbeitsverhältnis in

eine deutlich schlechtere freie Erwerbssituation zu wechseln.

Sind die Forderungen nach mehr Gehalt und Beschäftigungssicherung nicht ein Widerspruch?

Eine angemessene Lohnentwicklung und Beschäftigungssicherung sind kein Widerspruch. Der Lohn ist ein Maß für den Wert eines – in diesem Fall journalistischen – Produkts, das in hoher Qualität den Betrieb verlässt. Beschäftigungssicherung ist eine Frage der Verteilung von Arbeit. Ich bin davon überzeugt, dass die Mehrgeldforderungen für Redakteure und für freie Journalisten in der noch im August beginnenden Tarifrunde mehr als gerechtfertigt sind. Es ist vielfach bewiesen worden, dass über das Absenken des tariflichen Niveaus Beschäftigung nicht gesichert werden kann. Der einzig mögliche Weg ist, vorhandene Arbeit besser zu verteilen. Das Absenken von Arbeitszeiten, Angebot von Teilzeitbeschäftigung, von Sabbatjahrregelungen sollten Spielraum schaffen, die Zahl der Redakteure zu halten, sie nicht aufgrund der Arbeitsdichte zu verbrennen und künftig wieder mehr Journalisten zu beschäftigen. Daher sind deutliche Lohnhöhungen, zumindest eine Übernahme der Abschlüsse aus dem Druckbe-

reich, die von den Verlagshäusern ja akzeptiert wurden, unabdingbar.

Auch für Freie mehr Geld einzufordern – was heißt das konkret in der anlaufenden Tarifrunde?

Freie arbeiten zu deutlich geringeren Honoraren als ein festangestellter Redakteur an Gehalt kostet. Es hat sich ein Marktpreis für journalistische Arbeit herausgebildet, von dem ein Freier nicht leben kann. Das gilt ganz besonders für Freie an Tageszeitungen. Es soll deshalb – abgestimmt mit dem DJV – keine der üblichen Tarifrunden stattfinden, in der maximal über eine Angleichung der Honorartabellen im Bereich des Tarifvertrages für arbeitnehmerähnliche Freie verhandelt wird. In diesem Jahr wird es auch um angemessene Vergütungsregelungen nach dem neuen Urhebervertragsrecht gehen. Das heißt, dass man weitaus höhere Honorare vereinbaren muss, da die bisherige Höhe keinesfalls zur Existenzsicherung ausreicht. Uns steht also eine schwierige Tarifrunde mit mehreren Konfliktfeldern bevor. Deshalb sollten wir uns durch das Marktgeschrei und Gejammer nicht irritieren lassen.

**Das Gespräch führte
Karin Wenk**

ZEITUNGEN ABGESTOSSEN

Mit Verkauf des Berliner Verlages an Holtzbrinck droht Arbeitsplatzabbau.

Der „besorgniserregende Konzentrationsschub“ durch den Verkauf des Berliner Verlages von Gruner + Jahr an die Holtzbrinckgruppe war für ver.di am 27. Juni Anlass einer improvisierten Pressekonzferenz vor dem Eingang des Verlagsgebäudes am Berliner Alexanderplatz. Bundesvorstandsmitglied Frank Werneke bekräftigte die gewerkschaftliche Kritik: Die „Portfoliobereinigung“ sei vorläufiger Höhepunkt jahrelangen „Totkonkurrierens“ am Berliner Zeitungsmarkt. Die Politik sei gefordert, medienpezifische Konzentrationsregulierungen durchzusetzen, die Medienvielfalt zu sichern und Mitbestimmungsrechte an den Zeitungsverlagen – etwa durch den Wegfall der Tendenzrede und

durch Redaktionsstatute – wirkungsvoll zu stärken. Der G + J-Verkauf dürfe vom Kartellamt nicht ohne Auflagen genehmigt werden, so Werneke. Betriebsräte von Berliner Verlag, G + J-Berliner Zeitungsdruck sowie Tagesspiegel (Holtzbrinck) verbreiteten eine gemein-

same Erklärung. Sie fürchten, dass eine Vielzahl von Arbeitnehmern hart betroffen sein könnte von Zusammenlegungen. Renate Gensch, Betriebsratsvorsitzende des Berliner Verlages, sah die eilig abgegebenen Bestandsgarantien kritisch: „Sämtliche in unserem Haus geplante Sparmaßnahmen und der Arbeitsplatzabbau gehen weiter.“ **neh**



Foto: transit

Umziehen und Bleiben

Wie geht es weiter mit dem „Haus der Buchdrucker“?

Es ist nicht einfach, den folgenden Text zu verfassen. Der Fachbereich Medien, Kunst, Industrie zieht aus dem Verbandshaus der Buchdrucker in der Dudenstr. 10 aus und ist ab dem 23. August in der Köpenicker Straße 55 zu erreichen.

ver.di Bezirk Berlin und der Landesbezirk Berlin-Brandenburg haben zwei Umzüge beschlossen. Den jetzigen in das Provisorium in der Köpenicker Straße, um alle Fachbereiche unter ein Dach zu bekommen. Und den zweiten im Juli 2004 in das neue Haus auf dem Gelände des Bundesvorstandes am Ostbahnhof. Das Haus am Engeldamm, ursprünglich als Sitz für den Bezirk Berlin und den Landesbezirk geplant, war aufgrund schwerer baulicher Mängel nicht mehr bezugsfähig.

Nicht allein ich habe mich gefragt, welchen Sinn es macht, innerhalb von zwei Jahren zwei Mal umzuziehen angesichts aller sonstigen Schwierigkeiten in der gewerkschaftspolitischen Tagesarbeit; angesichts der Erfahrung mit immer größer, immer undurchsichtiger und immer unerreichbarer werdenden gewerkschaftlichen Apparaten; angesichts von zumindest teilweise weiter laufenden Mietverpflichtungen in Häusern und Räumlichkeiten, die jetzt verlassen werden.

Konkret ging und geht es für uns aber natürlich auch um die weitere Zukunft unseres Gewerkschaftshauses in der Dudenstraße 10. Die Verhandlungsführer der IG Medien hatten bei der Entstehung von ver.di nichts als gute Wünsche für den Erhalt des Hauses hinterlassen. Aus den kurzen, aber bleibenden Erfahrungen in ver.di über den Umgang mit für uns wesentlichen, identitätsstiftenden Werten, hatten wir den Schluss gezogen, diese Aufgabe nicht irgend jemand anderem zu überlassen, sondern die Sicherstellung des Erhalts in die eigene Hand zu nehmen.

Das Haus der Buchdrucker ist von unseren „gewerkschaftlichen Vätern und Müttern“ durch Sonderbeiträge erbaut worden; es wurde von ihnen – allen voran von unserem Kollegen Karl Rich-

ter – nach 1945 für die Gewerkschaft zurückerobert; es war und ist ein Baudenkmal ersten Ranges und Beispiel für die Rolle der Gewerkschaften als Förderer der Architektur-Avantgarde nach der Revolution 1918; es ist mit unse-

ter Beteiligung unseres Fachbereiches. Die Büroräume werden weiter genutzt vom Fachbereichsbezirksvorstand und vom Galerierat, von den ver.di Ortsvereinen Südwest und Südost, von den Medien Projekten



Foto: transit/v.Polentz

Schmerzvoller Abschied von der Dudenstraße, doch das Haus wird weiter gewerkschaftlich genutzt.

ren Beiträgen denkmalgerecht erhalten worden; es ist durch das Engagement von vielen Aktiven in den letzten 15 Jahren zu einem offenen, von den Mitglie-

Kein Objekt für Rendite und Abschreibungen

dern und ihren Freunden breit genutzten gewerkschaftlichen Zentrum gemacht worden.

Wir bestehen darauf, dass das Haus der Buchdrucker im Besitz von ver.di verbleibt und für unsere gewerkschaftliche Arbeit im bisherigen Umfang zur Verfügung steht. Das Haus der Buchdrucker ist Eigentum der Mitglieder der Gewerkschaft ver.di. Es steht nicht zur Verwertung, nicht zur Erwirtschaftung von Renditen, nicht als Abschreibungsobjekt – für wen auch immer – zur Verfügung.

Hier zu Eurer Kenntnis der aktuellen Stand: Das Erdgeschoss mit der Medien Galerie und den dort befindlichen Büroräumen bleibt bis auf weiteres angemietet. Die Miete wird getragen vom Bezirk Berlin und vom Landesbezirk un-

BAMM und A.I.D.A. und vom Non Profit Radio.

Der Mietvertrag für den 1. Stock ist zum 30.9.2002 und für den 4. Stock zum 31.12.2002 gekündigt. Der 4. Stock mit dem großen Saal, dem dahinter liegenden Vorstandsraum und dem Jugendraum soll ab dem 1. Januar 2003 vom Landesbezirk zu einem bevorzugten Mietpreis weiter angemietet werden und ebenso wie die Medien Galerie für Sitzungen und Veranstaltungen zur Verfügung stehen.

Um auch den 1.Stock, dessen Miete von ver.di nicht finanziert werden kann, weiter durch Gewerkschaftsmitglieder nutzen zu können, wird von mehreren Kolleginnen und Kollegen des Fachbereichs eine gemeinnützige GmbH „Haus der Buchdrucker - Gewerkschaftliches Kommunikations- und Medienzentrum“ gegründet, die die Räume anmietet, um sie an Medienprojekte, als Seminar- und Schulungsräume sowie als Einzelbüroräume an Kolleginnen und Kollegen im Rahmen einer Bürogemeinschaft unterzuvermieten. Ein diesbezügliches Nutzungskonzept ist erarbeitet worden.

Die nächsten Schritte in diesem Zusammenhang sind: Die Zusammenstellung der Gesellschafter mit einer Mindestbeteiligung von je 1000.- Euro (als Stammkapital müssen mindestens 25.000 Euro aufgebracht werden), Verabschiedung des Gesellschaftervertrages und die Ausschreibung der Räume zur Vermietung.

Die Voraussetzung für alle Initiativen ist, dass das Haus dauerhaft im Besitz von ver.di verbleibt. Das wiederum ist in Verhandlungen mit dem Bundesvorstand zu klären, auch deswegen, weil die Vermögensverwaltung der DAG, die das Haus gegenwärtig verwaltet, das Interesse hat, das Haus zu verwerten. Mit der politischen Entscheidung für das Haus müssen auch die notwendigen Investitionen gewährleistet sein. Kurzfristig geht es dabei um Maßnahmen im 4. Stock. Die Architekten, die das Haus seit zehn Jahren betreuen, hatten noch im letzten Jahr im Auftrag der IG Medien ein Konzept mit einer Kostenplanung entwickelt. Es sieht vor, bestehende Schäden zu beseitigen und Grundzüge der ursprünglichen Gestaltung aufzugreifen. Gleichzeitig sollte auch gewissen heutigen Anforderungen an Veranstaltungen (Verdunkelung, Technik) Genüge getan werden.

Angesichts der Tatsache, dass es ein massenhaftes Überangebot von Gewerbe- und Büroräumen in Ber-

Mieter für den Erhalt der Hauses

lin gibt, und dass die im Haus vorgenommenen Investitionen sich in den vergangenen Jahren über höhere Mieten amortisiert haben, ist unserem Fachbereich ebenso wie dem Bezirk und dem Landesbezirk daran gelegen, dass die bisher von uns bezahlten Büromieten reduziert werden. Wir sind auch daran interessiert, dass die anderen Mieter im Haus bleiben können. Ihre Mietzahlungen leisten einen Beitrag zum Erhalt des Hauses, und sie sorgen mit dafür, dass das Haus und sein Umfeld lebendig bleiben.

Also liebe Kolleginnen und Kollegen, ver.di zieht um und bleibt weiterhin im Haus der Buchdrucker präsent. Zur Realisierung unserer Ziele brauchen wir auch Eure Unterstützung.

Constanze Lindemann

VORGESTELLT

Buchdrucker-Traditionen

**FACHGRUPPE
Papier, Pappe und Kunststoff
verarbeitende Industrie
und FACHGRUPPE
Druckindustrie**

Rund um die Zeitung, die wir täglich in unserem Briefkasten finden, sind sie beschäftigt, die Kolleginnen und Kollegen der Fachgruppen 3 und 4 – die Papierindustrie im weitesten Sinne einbezogen. Der überwiegende Teil der Mitarbeiter ist gewerblich tätig und stammt aus der IG Medien. Nur wenige gehörten vor der Gründung von ver.di der DAG an. „Diese Kolleginnen und Kollegen haben wir besonders liebevoll aufgenommen, damit sie sich von Anfang an gar nicht erst als eine Minderheit begreifen“, erklärt Andreas Kühn, Landesbezirksfachbereichssekretär, der zusammen mit Manfred Föllmer beide Fachgruppen betreut.

Etwa tausend Mitglieder zählt die Gruppe 3. Aus sieben- bis achttausend Druckern, Mediengestaltern, Zeitungsausträgern setzt sich Gruppe 4 zusammen. Regelmäßig laden ihre Vorsitzenden – Peter Wilke von Herlitz sowie Holger Kollonitsch aus dem

Springer-Verlag – zu öffentlichen Vorstandssitzungen ein. Betonung auf öffentlich! Drum fragen sich beide, warum davon zu wenig Gebrauch gemacht wird.

Denn die Probleme liegen gegenwärtig auf der Straße. Täglich erreicht uns eine Hiobsbotschaft

versagen“, so Andreas Kühn. „Aus der daraus resultierenden Hilflosigkeit wird der Gewerkschaft etwas abverlangt, was sie natürlicherweise nur in beschränktem Umfang bewältigen kann“. In ihrer Schutz- und Trutzfunktion bemüht sie sich dennoch nach



Streiks sind immer noch aktuelle Methoden, Tarifforderungen Nachdruck zu verleihen.

nach der anderen: Insolvenzen, Fusionen, Betriebsveränderungen. All das geht zu Lasten der Kolleginnen und Kollegen, greift tief in ihr Leben ein, bedroht ihre Existenz. „Alle politischen Parteien

Kräften, ihre Mitglieder vor dem Schlimmsten zu bewahren.

Die Kolleginnen und Kollegen von Druck und Papier knüpfen an alte Traditionen an. Der Verband der Buchdrucker mit seinerzeit 60

Prozent gewerkschaftlich organisierten Berufskollegen mischte sich schon immer politisch ein, hat so manchen Streik ausgefochten. In den letzten Wochen erreichten die Enkel dieser Avantgarde mit dieser hochaktuellen Methode im Kampf um eine ordentliche Tarifpolitik eine Tarifierhöhung von immerhin 3,4 Prozent. Ein Ergebnis, zu dem zahlreiche Arbeiter und Angestellte beigetragen haben, die noch nicht der Gewerkschaft angehören, sich aber mit ihren Kollegen solidarisch noch sehr verbunden fühlen. „Gerade die Solidarität ist es, die heute unerlässlicher und wichtiger ist denn je. Nur mit solidarischem Verhalten können wir eine Gewerkschaft wie ver.di aufbauen, zusammenhalten und unseren Kolleginnen und Kollegen praktisch helfen“, so Kühn.

Wenn es notwendig ist, nimmt die Gewerkschaft die Vertretung von Mitgliedern vor dem Arbeitsgericht wahr. „Zur Zeit klagen wir vor Gericht mehrmals die Woche“, betont Andreas Kühn, „denn es geht darum, die Existenzgrundlage der Kollegen und ihrer Familien zu sichern. Und damit ist der gewerkschaftliche Rechtsschutz eine hochpolitische Angelegenheit“. **Eva Brillke**

TERMINE ORGANISATIONSWAHLEN 2002

Die ver.di-Landesbezirksfachbereichskonferenz Medien, Kunst und Industrie findet am 30. November 2002 statt. Antragsschluss ist der 1. November. In Vorbereitung dieser Konferenz organisieren die Fachgruppen und Bezirksfachbereichsgruppen in Berlin-Brandenburg ihre Mitgliederversammlungen. Dazu sind alle Mitglieder herzlich eingeladen. Anträge der Mitgliederversammlungen, die durch den Landesbezirksfachbereichsvorstand am 30. November eingebracht werden sollen, müssen bis zum 15. Oktober beim Geschäftsführenden Vorstand z.H. Constanze Lindemann eingereicht werden. Nachfolgend noch einmal die Termine der Mitgliederversammlungen. *Dort wo kein Ort angegeben ist, finden sie im*

Gewerkschaftshaus, Dudenstr. 10, 4. Etage, Großer Saal statt.

■ Fachgruppe Papier, Pappe und Kunststoff verarbeitende Industrie: 1. September, 10 Uhr

■ Fachgruppe Verlage und Agenturen: 8. September, 10 Uhr

■ Fachgruppe Journalismus (dju): 14. September, 10 Uhr

■ Fachgruppe Rundfunk, Film, Audiovisuelle Medien: 15. September, 10 Uhr

■ Fachgruppe Musik: 21. September, 10 Uhr

■ Fachgruppen Metallverarbeitende, Stahl- und Elektroindustrie und Chemische Industrie – weite-

re Industriebereiche: 20. September, 18 Uhr

■ Fachgruppe Druckindustrie und Zeitungsverlage: 28. September, 10 Uhr

■ Fachgruppe Theater und Bühnen, kulturelle Einrichtungen und Veranstaltungswesen, Darstellende Kunst: 29. September, 10 Uhr

■ Verband deutscher Schriftsteller (VS) Brandenburg: 6. September, 14 Uhr, Stadt- und Landesbibliothek Potsdam, Am Kanal 47, 14467 Potsdam

■ Verband deutscher Schriftsteller (VS) Berlin: 30. September, 17 Uhr. **Achtung! Der im Rundbrief angekündigte 7. November ist der falsche Termin!**

■ Mitgliederversammlung der Fachgruppe Bildende Kunst: 18. September, 16.00 Uhr

■ Bezirksfachbereich Berlin: 12. Oktober, 10 Uhr

■ Bezirksfachbereich Cottbus: 13. September, 10 bis 13 Uhr in der ver.di Bezirksverwaltung, Konferenzraum, Calauerstr. 70, 03048 Cottbus. Anm. bis 6. September Tel.: 03 55/4 78 58 80 Fax: 03 55/4 78 58 81.

■ Bezirksfachbereich Potsdam: 19. September, 17 bis 20 Uhr in der ver.di Bezirksverwaltung, Beratungsraum, 4. Etage, Heinrich-Mann Allee 18/19, 14473 Potsdam. Anm. bis 16. September Tel.: 03 31/2 98 27 14 oder 2 98 53 90.



Schade um Springen

„Kapitalismus konkret – Arbeits- und Sozialpolitik“

Der Kollege aus der ehemaligen ÖTV – Oliver – war bereits zwei Mal arbeitslos. In diesem Jahr hat er einen befristeten Vertrag in einer Behörde und arbeitet täglich acht Stunden. Vor allem aber steht er dafür ziemlich früh auf – 5.30 Uhr. Sechs junge Menschen brachte das beim Jugendseminar „Kapitalismus konkret – Arbeits- und Sozialpolitik“ zum Staunen und Stirnrunzeln. Sie stecken zu meist in der Ausbildung oder studieren. Alle Anfang zwanzig. Mehr als sechs Stunden Uni am Stück sind eher die Ausnahme. Olivers Verhältnis zur Arbeit ent-

spricht aber dem Gros der Bevölkerung – diese, erst einmal kaum neue Einsicht markierte ihr Kennenlernen zum Seminarbeginn.

Vom 9. bis zum 14. Juni versuchten die Teilnehmer in Heidenrod-Springen verschiedene Dimensionen des Arbeitsmarktes sowie die Grundlagen der Wirtschaftspolitik zu durchleuchten. Ihr Basiswissen wurde auf oft kreative Weise und unter Anleitung zweier Teamer erweitert: Ein Quiz, Wandzeitungen oder produktive Gruppendiskussionen vermittelten manchmal trockene und schwierige Texte. Ergänzt durch

Fakten und Zahlen, beispielsweise aus isw-Berechnungen, erhielten die Teilnehmer ein umfangreiches Wissen u.a. über Arbeitsmarktsegmente, allgemeine Wirtschaftsfragen, Entwicklungen in der Arbeitswelt oder Strategien des Neoliberalen Projekts. Besonders interessierten sich die jungen GewerkschafterInnen und Studenten aber für Theorien über das Geschlechterverhältnis auf dem Arbeitsmarkt.

Mittags und zum Tagesausklang konnten die Seminarteilnehmer das großzügige Angebot der zentralen Bildungsstätte der

ehemaligen IG-Medien nutzen. Ein Hallenbad mit Sauna, Kicker und Tischtennis, die umfangreiche Bibliothek oder einfach die idyllische Umgebung des Taunus – Springen geizte nicht mit seinen Reizen. Überschattet wurde das sympathische Springen-Bild von der bevorstehenden Schließung des Hauses, auf die von den vor Ort Beschäftigten durch Transparente aufmerksam gemacht wurde. Im Zuge der Sparmaßnahmen beschloss der ver.di-Bundesvorstand, sich die Bildungsstätte nicht mehr zu leisten. Ein großer Verlust für gewerkschaftliche Bildungsarbeit. Denn das vermittelte Wissen ist in jedem Fall eine lohnende Ergänzung zu Uni und Ausbildung.

**Franziska Dähn,
Hannes Heine**

Wahlen und Debatte – „Zeitungskrise?“

Landeskonzferenz der Berlin-Brandenburger Journalisten in ver.di

In diesem Herbst muss auch in der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) Berlin-Brandenburg in ver.di ein neuer Vorstand gewählt werden. Es gibt jede Menge Diskussionsstoff über die aktuelle Situation der

Medienbranche in der Region Berlin-Brandenburg. Fragen und Kritik zu ver.di können und sollten debattiert werden. Vorschläge und Ideen sind gefragt, könnten als Anträge in den Konferenzen behandelt werden. Es gilt,

den ersten ordentlichen Gewerkschaftstag von ver.di und damit die Wahlen der Delegierten auf allen Ebenen vorzubereiten (siehe S. 11). Der dju-Vorstand lädt deshalb alle Kolleginnen und Kollegen nochmals herzlich zur Landeskonzferenz der dju Berlin-Brandenburg in ver.di am 14. September von 10 bis 16 Uhr im Haus der Buchdrucker (Dudenstr. 10), Großer Saal ein.

Angeboten wird eine Diskussion zum Thema: „Zeitungskrise in Berlin – Brandenburg“ Diskussion um Ursachen und Wirkungen der selbstverordneten Sparmaßnahmen der Verlage – sind „Entlassungen“ von Freien und Redakteuren wirklich die einzige und vor allem die richtige Lösung? – Betriebsräte des Berliner Verlages, des Tagesspiegels, des Springer-Verlages, der MAZ und MOZ schildern die Situation in ihren Häusern, stellen ihre Sicht auf die Politik der Verleger dar, beantworten Fragen und diskutieren über die sogenannte Zeitungskrise.

Im Veranstaltungssaal wird an diesem Tag die Fotoausstellung „50 Jahre dju“ von Günter Zint zu sehen sein.

Vor Beginn der Konferenz und in der Mittagspause kann der neue „Ratgeber Freie“ von Götz Buchholz (für Mitglieder 3 Euro) erworben werden.



TAGESORDNUNG

1. Begrüßung
2. Abstimmung über die Tagesordnung
3. Bestätigung der Wahlordnung und der Wahlkommission
4. Diskussion mit Berlin-Brandenburger Betriebsräten zum Thema „Zeitungskrise in Berlin – Brandenburg“
5. Kurzer Bericht des Vorstandes mit anschließender Aussprache (der Bericht liegt schriftlich vor)
6. Entlastung des Vorstandes

Pause

7. Aufstellung der Kandidaten und Wahlen
8. Antragsberatung oder weitere Diskussion zu anstehenden Fragen während der Auszählungen
9. Bekanntgabe der Wahlergebnisse
10. Schlusswort der/des Vorsitzenden

Wir bitten alle Kolleginnen und Kollegen, ihren Mitgliedsausweis mitzubringen.

**Karin Wenk, dju-Vorsitzende
Berlin-Brandenburg**

GAUTSCHFEST IM OSZ

Foto: transitiv. Polentz



Gautschfest am Oberstufenzentrum (OSZ) Druck- und Medientechnik Berlin. Unter dem Kommando von Gautschmeister Konrad Wächter wurden die frisch gekürten Druck-Gehilfen und Jung-Gesellen mit der „Wasser-Tauf ad posterium und podexiorum“ von „aller Fehlerhaftigkeit und Murkserei“ ihrer Kornutenzeit reingewaschen. Das Gautschfass gefüllt mit 20.000 l Wasser stand bereit. Die Packer taten ihre Pflicht und beförderten die Kandidaten in hohem Bogen ins reinigende Nass.

Leere Baustellen und der Mut der Kleinen

Fotoausstellung zu den Tarifikämpfen des Jahres 2002 in der Medien Galerie

„Lohnverzicht schafft und sichert keine Arbeitsplätze.“ Dieser Satz – bittere Erfahrung der Tarifrunden der letzten Jahre und Fazit wenig effektiver „Bündnisse für Arbeit“ – wurde zum Ausgangspunkt der diesjährigen Tarifrunden in vielen Branchen. Die Fotoausstellung „Arbeitskämpfe 2002 in Berlin-Brandenburg“, die bis zum 24. August in der Medien Galerie im Gewerkschaftshaus Dudenstraße gezeigt wurde, vollzieht Tarifaueinandersetzungen dieses Frühjahrs und Sommers nach. Trotz der unterschiedlichen Situation vor Ort betonte Constanze Lindemann, Vorsitzende des Vorstandes Fachbereich 8 in ver.di Berlin-Brandenburg, zur Ausstellungseröffnung den gemeinsamen Hintergrund der aktuellen Tarifaueinandersetzungen: 6,5 Prozent stand über vielen als Forderung. In der Berliner Metallindustrie wurde erstmals seit 72 Jahren wieder gestreikt, der erste Flächenstreik der Bauindustrie seit 53 Jahren stellte hohe Anforderungen an Disziplin und Logistik. Eine imaginäre verwaiste Baustelle im Zentrum der Ausstellung wies darauf hin. Die Bilder der Fotografen Christian von Polentz, Marco Priske, Andreas Schoelzel und Hartmut Müller-Stauffenberg zeigten Metaller, Drucker und Bauarbeiter bei Aktionen und Demonstrationen. Zudem sicherte eine Pinnwand mit aktuellen Meldungen und Dokumenten, dass auch die Aktionen bei Post und Telekom, im Einzelhandel, bei Banken und Versicherungen Beachtung fanden.

Zu Wort kamen Kollegen aus streikenden Betrieben und Gewerkschafter, die Aktionen organisierten. Wolfgang Fischer, Betriebsratsvorsitzender der Schöneberger Buchbinderei, berichtete, dass die 33 Mitarbeiter dieses Betriebes für zwei Stunden auf die Straße gingen – in der Region der einzige Warnstreik in der Papierverarbeitung. „Die Großen bleiben mit dem Hintern im Warmen“ ärgerte sich Fischer und berichtete, dass die Geschäftsführung seines Betriebes die inzwischen erzielten 3,4 Prozent-Lohnzuwachs nicht einmal zahlen wolle. Lutz Ziegler, Betriebsrat-

chef der Druckerei Thormann & Goetsch, erläuterte, dass es kein Problem gewesen sei, seine 63 Kollegen zwei Schichten lang zu Warnstreiks auf die Straße zu bekommen. Allerdings will auch hier der Chef die Abschlüsse nicht akzeptieren, fühlt sich



Foto: transitiv.Polentz
Rainer Knerler, Streikleiter der IG Bau Berlin: „Es war ein Kampf um die Tore und Eingänge.“

„nicht tarifgebunden“ und droht, die Produktion zu verlagern. Das werden sich die Drucker nicht gefallen lassen.

Mit massiven Streikbruchaktionen hatten die Metallgewerkschafter beim Berliner Aufzugshersteller OTIS zu kämpfen. Hier arbeiten neben 300 gewerblichen Arbeitnehmern auch 700 Angestellte der Deutschland- und Osteuropa-Verwaltung. Für die arbeitswilligen Angestellten wurde nach teilweise handgreiflichen Auseinandersetzungen mit Streikposten ein spezieller „Eingang für Streikbrecher“ geschaffen, das entsprechende Transparent hing ebenfalls in der Ausstellung. Dennoch sei es gelungen, das flexible Streikkonzept bei OTIS weitgehend durchzuhalten. Die Arbeitskämpfe wurden nicht nur für den Betriebsrat zum „grandiosen Erlebnis“ von Solidarität und Geschlossenheit.

Rainer Knerler, Streikleiter der IG BAU Berlin, erläuterte, mit welchen Schwierigkeiten Streikende auf Baustellen zu kämpfen haben, wo binnen 24 Stunden ganze Belegschaften komplett ausgetauscht und massenweise

Leih- oder Arbeitnehmer aus Subunternehmen eingesetzt werden. Der Arbeitskampf war „Kampf um die Tore und Eingänge“, weil es zu verhindern galt, dass Fremde auf die Baustelle kommen. Zugleich war der Streik eine Auseinandersetzung mit der öffentli-

chen Meinung und den Medien, die die Legitimität des Arbeitskampfes mit Hinweis auf die schlechte wirtschaftliche Situation bezweifelten. Geholfen habe dagegen die „wahnsinnige Solidarität“ anderer Gewerkschaften – seien es Mineralwasserlieferungen der NGG, die logistische Unterstützung der IG Metall oder der Besuch von ver.di-Kollegen an den bestreikten Baustellen. Stan, wie engagiert und sauber der Arbeitskampf letztlich über die Bühne gegangen sei, zeigte sich Rolf Erdsack, der über Monate die Tarifikämpfe durch Baustellenbetreuung mit vorbereitete und zunächst allenfalls zahlende Gewerkschaftsmitglieder schließlich zu disziplinierter Streikaktivität motivieren konnte. „Seit 43 Jahren bin ich in der Gewerkschaft, jetzt weiß ich erst wirklich warum“, brachte es ein Kollege auf den Punkt.

Constanze Lindemann dankte den Ausstellungsgestaltern Luise Herr, Anna Schendel und Manfred Krause, die die ansprechende Schau in kurzer Zeit fertig stellten.

neh

„WIEDERSEHEN MACHT FREUDE“

Zur Vorbereitung der **Ausstellung zum 50 Jahrestag des Fernsehens in Deutschland „Es gab mehr als den Schwarzen Kanal...“** in der Medien Galerie wurden viele ehemalige Kolleginnen und Kollegen des Deutschen Fernsehfunks und der Studioteknik Fernsehen angesprochen. Dabei zeigt sich eine große Bereitschaft, vorhandene Exponate unterschiedlicher Art zur Verfügung zu stellen. Es wird nicht leicht werden, bei der notwendigen Beschränkung die richtige Auswahl zu treffen.

Entsprechend dem „historischen“ Anlass wurde in Gesprächen aber auch der Wunsch geäußert, ein Treffen im größeren Rahmen zu organisieren. Der Gedanke, zwei Termine dafür anzubieten, widersprach dem Bedürfnis, ehemalige Mitstreiter aus den verschiedensten Bereichen zu treffen. Nun gibt es den Termin 8. November 2002. Unter dem Motto „Wiedersehen macht Freude“ organisieren „Ehemalige“ für „Ehemalige“ ein Treffen im Foyer des Adlershofer Come In. Heute noch „Aktive“ sind natürlich ebenfalls willkommen. Einlass ist ab 17.00 Uhr. Der Unkostenbeitrag beträgt 17 Euro. Darin ist ein rustikaler Imbiss enthalten. Gedacht ist auch, durch kurze Bild- und Tonausschnitte an die Arbeit in 39 Jahren DFF zu erinnern.

Karten für die Veranstaltung stehen ab Mitte August zur Verfügung. Anmeldungen und Kartenerwerb über den „Paul-Nipkow-Teleclub e. V.“ jeweils mittwochs ab 14.00 Uhr. Anschrift: Rudower Chaussee 3, Gebäude R 2a, R. 102, 12489 Berlin, Tel./Fax. 67 04 43

Vom Buch zur Büchersammlung

Karl-Richter-Verein e.V. – bewahrt Traditionen der Buchdrucker

Bereits in sehr jungen Jahren habe ich als Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend in einer Literaturgruppe das künstlerische Schaffen des menschlichen Geistes in den Dichtungen der Weltliteratur miterleben können. Das Wirken der Literaten und Dichter mit ihrem Schrifttum im politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben ihrer Völker, doch auch die kritische Auseinandersetzung mit den jeweiligen Traditionen und Zeitströmungen wurden aufgeschlossen wahrgenommen. Die Theateraufführungen in der Volksbühne machten hinsichtlich Klang und Rhythmus hörbar, dass das Wort und die Sprache mehr sind als nur eine Verständigung für den Alltag. Über das Lesen erklärte Goethe einmal, er habe sich bemüht, lesen zu lernen, er sei im Zweifel, ob es ihm gelungen sei.

Wir setzten uns damals besonders für jene Dichter ein, die aus dem Volk kamen und mit ihren Veröffentlichungen in der Literaturgeschichte gewürdigt werden. Sie waren aus der Arbeiterschaft hervorgegangen und sie fühlten sich zeitlebens mit ihr verbunden. Mit den menschlichen und gesellschaftlichen Problemen der Welt konfrontiert, setzten sie sich für die Entrechteten und Unterdrückten und für mehr demokratische Rechte und Freiheiten ein. Mit einem neuen Weltgefühl,

vom Rhythmus der modernen Arbeitswelt und Technik getragen, von der eigenen Kraft der Arbeiterschaft überzeugt, wollten sie die Gesellschaft in ihrem Sinn gestalten. Für ihre Dichtungen fanden sie auch die Formen, um sie zu einem Kunstwerk zu machen. Die Arbeiterdichter haben mit ihren literarischen Veröffentlichungen einen Ehrenplatz in meiner Bibliothek.

**Aus den Schuttbergen
viele Werke geborgen**

In der schwierigen Nachkriegszeit zeigte sich, dass die Liebe zum Buch nicht versiegt war. Aus den Schuttbergen des Krieges retteten wir, was noch vom geistigen Schaffen der vergangenen Generationen an bedeutsamen Werken geborgen werden konnte.

Für mich, der Schwarzen Kunst auch beruflich verbunden, war es besonders dieses interessante und umfangreiche Gebiet, dem es sich wieder zu widmen galt. Denn ohne Zweifel gehört die Erfindung der Buchdruckerkunst durch Johannes Gutenberg zu den großen weltumspannenden Leistungen des menschlichen Geistes. Alle Schöpfungen der Literatur, der Wissenschaften und Kunst, die bisher handgeschrie-



*Höchst aktiv und 98 Jahre alt:
Karl Richter*

ben nur im Besitz Weniger waren, verließen die Abgeschlossenheit der Klöster, der Gelehrten- und Schreiberstuben und veränderten das Weltbild wie nie zuvor in der Geschichte. Durch Gutenberg sprachen die Völker der Welt zu uns – und zwar von einem Jahrhundert in das andere.

Am 1. Oktober des Jahres 2000 überreichte der Kollege Detlef Hensche, Vorsitzender der IG Medien, seinem Kollegen Karl Richter - also mir - aus Anlass

meiner 80-jährigen Gewerkschafts-Mitgliedschaft in unserem, unter Denkmalschutz stehenden Buchdruckerhaus die Gründungsurkunde für den Karl-Richter-Verein e.V. Von den Gründungsmitgliedern wurde ich zum Ehrenvorsitzenden berufen. Damit ist die Aufgabe verbunden, die Geschichte und kulturellen Traditionen der Buchdrucker zu erforschen und zu bewahren. Ich habe mich dieser Aufgabe gern zugewandt.

Nachdem ich ebenfalls 225 Bücher und Schriften zugesteuert habe, haben wir in unserer Bibliothek etwa 2.300 Veröffentlichungen aus der Geschichte der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung gesammelt. Auch die Büchergilde Gutenberg ist mit 151 Werken des guten Geistes vertreten. Wir sind im Besitz von 400 Werken und Veröffentlichungen, die sich geschichtlich allein der Berufswelt des Buchdruckers widmen. Die älteste Schrift, die ich überreicht habe, stammt aus Leipzig mit der Jahreszahl 1757.

Der Weg ist frei. Auch die Senioren der Gewerkschaft ver.di, Fachbereich 8, Medien, Kunst und Industrie, werden sich mit den Senioren der AG 60 plus im Rahmen der Arbeiterbildungsbestrebungen für diese kulturelle Aufgabe zur Verfügung stellen.

Karl Richter



Senioren ohne Geld, aber mit Ideen

Sprecherrat gewählt – finanzielle Klärung auf der Bezirkskonferenz erwartet

Die Berliner Senioren des Fachbereichs 8 haben am 5. Juli ihren neuen Sprecherrat gewählt. Allerdings – dieser Satz stimmt so nur bedingt; denn von unseren vielen älteren Mitgliedern hatten lediglich 20 den Weg zur Konferenz gefunden. Die große Lücke zu schließen, die der Tod von Olf Hauschild hinterließ, hat sich nun das neue Leitungstrio Werner Radschuk, Ingrid Kröning und Kurt Pittelkau vorgenommen. Die Dis-

kussion beherrschten zwei Probleme: Die völlig offene Frage, wofür eine sinnvolle Seniorenarbeit finanziert werden kann. In einem Antrag an die Bezirks-Seniorenkonferenz von ver.di Berlin, die am 2. September stattfindet, heißt es deshalb: „Die Satzung der Gewerkschaft sieht den Bestand der Gruppen zwar vor, jedoch erfolgte bisher keinerlei Unterstützung... Um ein Absterben der Arbeit der Seniorengruppen zu verhindern,

ist eine schnellstmögliche Finanzierungsklärung erforderlich.“

Sodann ein Vorschlag, den ursprünglich die Gruppe Alte Barden ins Gespräch brachte und der darauf zielt, in ver.di einen Fachbereich 14 zu gründen, in dem sich die Senioren organisieren sollten. Die Idee fand ein kontroverses Echo. Immerhin wären aber Pro und Kontra einen Gedankenaustausch wert (wofür auch hier der Platz wäre).

In der künftigen Seniorenarbeit sollte ferner Gewicht darauf gelegt werden, die rentennahen Jahrgänge für die künftige Arbeit zu gewinnen, was sich bestimmt für beide Seiten als sinnvoll erwiese. Außerdem erhofft sich die Initiative zum Erhalt unseres Hauses der Buchdrucker gerade von den mit der Dudenstraße lange verbundenen Senioren tatkräftige Unterstützung.

A. Görne

LANDESBEZIRK

ver.di-Organisationskonferenzen: Alle Termine des Fachbereichs Medien, Kunst und Industrie auf der Seite 11.

Medien Galerie: Ausstellung Prost Wahlzeit! Vier Jahre Rot-Grün – der Eulenspiegel zieht Bilanz. Eine Ausstellung in der Medien Galerie vom 27. August bis 4. Oktober 2002. Ausstellungseröffnung am Dienstag, 27. August 2002, um 18 Uhr, Medien Galerie, Dudenstr. 10, 10965 Berlin (U-Bhf. Platz der Luftbrücke, Bus 104, 119).

JOURNALISMUS

Bundesdeutsche Presseausweise: Neuausstellung oder Verlängerung montags bis donnerstags von 8.30 bis 16.30 Uhr. (Tel: 030/78 80 09 29).

Presseausweis der IOJ: jeden zweiten Dienstag im Monat von 13 bis 15 Uhr im Gewerkschaftshaus (Tel: 030/78 80 09 34).

Journalistenstammtisch: jeden vierten Montag im Monat ab 19.30 Uhr am Fuße des Berliner Verlages im Kartoffelhaus „Der Alte Fritz“ (Karl-Liebknecht Str. 29, U/S-Bahn Alexanderplatz). Nächste Termine: 23. September und 28. Oktober.

LITERATUR

Achtung! Terminänderung! Die Wahlversammlung des VS Berlin findet nicht wie im Rundbrief angekündigt am 7. November, sondern am 30. September ab 17 Uhr, im Gewerkschaftshaus, 4. Etage statt.

Finanzielle Unterstützung für Recherchereisen ins Ausland: Voraussichtlich auch für 2003 wieder! Bei Interesse bitte in der Geschäftsstelle des VS Tel: 0 30/86 31-0 melden.

Lesungen am 9. November in Berliner Schulen: Auch in diesem Jahr soll die Tradition fortgesetzt werden, dass Schriftstellerinnen und Schriftsteller an Schulen aus dem „Tagebuch der Anne Frank“ oder eigenen Werken lesen. Wer in diesem Jahr lesen

GESUCHT

Aktive journalistische/r Mitstreiter/in für freie Journalistinnen- und Fotografen-Bürogemeinschaft in Berlin-Mitte. Tel: 030/61 30 96 -63, Fax: 030/61 30 96 66.

möchte, bitte in der Geschäftsstelle melden.

VS-Stammtisch: Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, im „Terzo Mondo“, Grolmannstr. 28. Das Terzo Mondo liegt zwei Minuten vom U-Bahnhof Uhlandstr. (U 15) entfernt und ebenso nur wenige Minuten vom S-Bahnhof Savignyplatz (zu erreichen mit der S 5, 7, 75, 9, 3).

Jahrestagung umweltengagierter Schriftsteller Deutschlands: „Brodowiner Gespräche“ vom 19. bis 22. September in Ratzdorf/Oder-Neiße unter dem Motto „Wasser bis zum Hals – Grenzfälle“ mit Vorträgen, Gesprächen, öffentlichen Lesungen und einer Exkursion. Infos/Anmeldung: Arbeitskreis LITERATUR UMWELT im FÖN Tel: 030/ 6 77 57 66, Fax 67 89 51 80. E-Mail: foerderverein-foen@t-online.de

RFAV MEDIEN

Berliner Kinostammtisch: Jeden 1. Montag im Monat ab 20 Uhr im Bistro Café am Arsenal, Fuggerstr. 35, 10777 Berlin (Tel. 030/ 214 14 77).

Stammtisch für Kleinstarbeiter: Jeden 1. Dienstag im Monat ab 18 Uhr am gleichen Ort.

AG AKTIVE ERWERBSLOSE

Redaktion B.A.M.M. (Arbeitslosenfernsehen): Jeden Mittwoch in der Medien Galerie.

Redaktion A.I.D.A.: Jeden Montag jeweils 16 Uhr. Im OKB (Offenen Kanal Berlin -SK8) sind die Sendungen mit Informationen rund um den Berliner Arbeitsmarkt jeden Montag ab 17 Uhr und jeden Sonntag ab 22 Uhr zu sehen.

JUGEND

Medienjugend: Treff jeden ersten Mittwoch im Monat um 18 Uhr im Jugendraum des Gewerkschaftshauses.

SENIOREN

Seniorengruppe Funkhaus: Versammlung am 18. September um 14 Uhr im Sendesaal Funkhaus Nalepastr. Thema: Vor der Bundestagswahl. Weitere Infos im „Seniorenecho“.

Gerhard-Eisler-Kreis: Am 25. September um 14 Uhr Funkhaus Nalepastr. Zi.505: Norbert Podewin zum überarbeiteten Braunbuch, vorgestellt auf der diesjährigen Leipziger Messe.

ADN-Senioren: Am letzten Montag jedes Monats um 14 Uhr in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstr. 203-206.

„Alte-Barden-Runde“: Jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat um 15 Uhr im Restaurant „Alt-Tempelhof“, Alt-Tempelhof 46, 12103 Berlin.

SEMINARE

„Beruf des Mediengestalters“: Seminar am 24./25.10.2002 im Waldhaus Prieros bei Königs-Wusterhausen. Wir wollen die Erfahrungen aus den bereits stattgefundenen Prüfungen auswerten.

„Beruf des Druckers“: Seminar am 22.11.2002 im Haus der Buchdrucker, Dudenstr. 10. Es geht hier um die Vorstellung des neuen Berufsbildes. Eingeladen zu beiden Seminaren sind Prüfungsausschussmitglieder, Ausbilder, Berufsschullehrer und Mitglieder vom ZFA und der IHK. Anmeldung: ver.di - FB 8, Landesbezirk Berlin Brandenburg, Rosemarie Koch, Köpenicker Straße 55, 10179 Berlin, Tel.: 030-8 63 10

Gesellschaft für innovative Bildung mbH (BSD) Berlin: Computerkurse sowohl an Abenden oder auch am Wochenende, Infos: 030/44 37 60, Fax: 030/9 25 38 31, E-Mail: info@bsd-berlin.de

Non Profit Radio: Bildungswerk, Hörfunkschule Berlin, Haus der Buchdrucker, Dudenstr. 10, 10965 Berlin. Informationen zu aktuellen Kursen: 030/68 30 20 90 oder unter: www.radiokurse.de.

Seminare für Betriebsräte:

Prekäre Arbeitsverhältnisse und ihre Auswirkungen im Betrieb am 22./23. Oktober in Berlin, Seminar-Nr. 210221

Freie Mitarbeiter im Betrieb: Scheinselbständige, Arbeitnehmer oder echte Selbständige? am 11. September in Berlin, Seminar-Nr. 209111.

Teilzeit- und befristete Beschäftigte – Handlungsmöglichkeiten für Arbeitnehmer und Betriebsräte am 18./19. September in Berlin, Seminar-Nr. 209181

Anmeldungen über: ver.di Bildung und Beratung, Sabine Hohm, Tel: 030/2 63 99 89 11, Fax: 030/2 63 99 89 25

SONSTIGES

„Tag der Erinnerung, Mahnung und Begegnung“: 8. September in Berlin. Aktionstag gegen

VER.DI
IM INTERNET

http://www.verdi.de

**Gewerkschaftshaus
Medienfachbereich**
Köpenickerstr. 55
10179 Berlin

gen Rassismus, Neonazismus und Krieg, 11 Uhr Columbiadamm/Ecke Gloßener Str., Kundgebung am Mahnmal für das KZ Columbia-Haus, 13 bis 18 Uhr auf dem Platz vor dem Roten Rathaus, 18.30 Uhr Scheidemannstr. „Steine des Anstoßes“, Kundgebung für ein Mahnmal für die ermordeten Sinti und Roma. Tel. 030/25 37 50 57, www.tag-der-mahnung.de

Der ver.di Fachbereich Medien, Kunst, Industrie Frankfurt/Oder ist seit März unter folgender Adresse erreichbar: Zehmeplatz 14, 15230 Frankfurt/Oder, Tel: 03 35/ 60 67 70; Fax: 03 35/6 06 77 77.

Der ver.di Bezirk Frankfurt/Oder ist nun unter folgender Adresse zu erreichen: Am Herrensee 38, 15344 Strausberg.

Sprachrohr 5/02
erscheint am 21.10.02
Redaktionsschluss
am 23.9.02

Impressum

Sprachrohr – Informationen für ver.di Mitglieder in Berlin-Brandenburg

Herausgeber: ver.di Fachbereich 8 Medien, Kunst und Kultur, Druck und Papier, industrielle Dienste und Produktion Berlin-Brandenburg.

Redaktion: Andreas Köhn (verantwortlich). Anschrift von Herausgeber und Redaktion: Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin. Tel: 030/86 31-0.

Redaktionelle Betreuung: Karin Wenk, transit.berlin.pro media, Torstraße 177, 10115 Berlin, Tel.: 030/61 30 96-65, Fax: 030/61 30 96-66.

Gestaltung, Produktion: bleifrei Medien + Kommunikation, Prinzessinnenstraße 30, 10969 Berlin, Tel: 030/61 39 36-0, info@bleifrei-berlin.de

Anzeigenannahme: Agentur Adolph, Waisenstraße 1, 10179 Berlin, Tel: 030/5 66 57 53, Fax: 030/5 66 57 54

Druck: Tribüne Druck-GmbH, Am Treptower Park 28-30, 12435 Berlin.

Auch unverlangt eingesandte Manuskripte werden sorgfältig behandelt. Sprachrohr erscheint sechsmal im Jahr, Bezugspreis 5,- Euro pro Jahr, für ver.di-Mitglieder im Beitrag enthalten.

Bitte an den /die ZustellerIn:

Wenn neue Anschrift bekannt, bitte senden an: ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin

Straße _____

Ort _____

Bemerkungen _____

ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin
Postvertriebsstück, „Entgelt bezahlt“, A 11703 F

SPRACHROHR – Vertrauen Sie nicht dem Zufall!

Mitglieder des Fachbereichs 8 in ver.di bekommen in Berlin und Brandenburg das Sprachrohr alle zwei Monate zugeschickt.

Alle anderen können die Medien-Zeitung im **Abo** beziehen. Sechs Ausgaben im Jahr kosten nur 5.00 €. Bestellung bei ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin.

Betriebsrat behindert – macht 2100 Euro

Aktivisten der Gründung einer Arbeitnehmervertretung bei Call-Center GmbH Hotline entlassen

Wer die Interessenvertretung von Beschäftigten bei ihrer Konstituierung oder Arbeit behindert oder einschränkt, handelt gesetzwidrig. In einem Strafverfahren verurteilte im Juli das Amtsgericht Tiergarten den Personalchef eines Call-Centers zu einer Geldstrafe von 30 Tagessätzen à 70 Euro, also 2100 Euro. Der Tatvorwurf gegen den 37-jährigen Jürgen Nehm lautet: Behinderung der Gründung eines Betriebsrates und Nötigung.

Die Call-Center Hotline GmbH hatte zwischen 150 bis 180 Mitarbeiter, überwiegend Studenten, mit zunehmender Tendenz. Doch nach Zeiten steigender Auftragslage erfolgte auch hier die Anpassungskrise. Wie so viele Unternehmen aus der New Economy sah sich auch die Hotline GmbH am Ende ihrer bisherigen Geschäftspolitik. Corporate Identity: Alle gemeinsam für die Firma, mit Betriebsfeiern und Sekt, mit „Zusammensetzen, wenn es mal Probleme gibt“, das Duzen und das „Wir“ ließen sich auf Dauer nicht halten. Die Hotline GmbH entließ im Dezember 2000 die ersten Mitarbeiter. Einige wandten sich an die Gewerkschaft, um dann nach dem Betriebsverfassungsgesetz zu einer Betriebsversammlung zu laden, auf der ein Wahlvorstand für die Wahl eines Betriebsrates bestimmt werden sollte.

Am 6. Februar 2001 demonstrierten gleichzeitig vor dem Unternehmen in der Grünberger Straße Beschäftigte und Unterstützer für die Gründung des Betriebsrates, nachdem die Geschäftsführung zuvor mehrere Aktivisten entlassen hatte. Der damalige Landesbezirksjugendvorstand der Berliner IG Medien war

ebenfalls vor Ort. Vor Gericht galt als unbestritten, dass Personalchef Jürgen Nehm mindestens einem der zuvor entlassenen Mitarbeiter den Zutritt zu der Betriebsversammlung verweigert hat. Da Kündigungen zu diesem Zeitpunkt noch nicht wirksam sein können und der Betroffene somit Betriebsangehöriger war, handelte Nehm mit der Aussprache eines Haus-

verbotes unrechtmäßig und behinderte so die Gründung der Beschäftigtenvertretung. Der Nötigung wurde Nehm nicht für schuldig befunden. Zeugen behaupteten, er hätte Mitarbeitern mit Sanktionen gedroht, sollten die auf Installation eines Betriebsrates bestehen.

Bleibt abzuwarten, wie sich nicht nur die Verhältnisse beim

Friedrichshainer Call-Center Hotline entwickeln. Der Berliner ver.di-Fachbereich 8 und die Geschäftsführung verhandeln zur Zeit über einen Haustarifvertrag. Der inzwischen arbeitende Betriebsrat ist in der Branche aber immer noch die Ausnahme. Und das, obwohl gerade hier besonders unsichere Bedingungen herrschen.

Hannes Heine

Rechteinverleibung per Rückschein

Freie vom Berliner Verlag unter Druck gesetzt – Widerspruch ist angesagt

Der inzwischen an Holtzbrinck verkaufte Berliner Verlag unterlässt es nicht, seine freien Autoren weiter unter Druck zu setzen. Sie sollen ihre sämtlichen Rechte an ihren Texten und Fotos nach einmaliger Honorierung dem Verlag am Berliner Alexanderplatz – „Berliner Zeitung“ und „Berliner Kurier“ – überlassen. Nunmehr zum dritten Mal erhielten Autoren neue Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB) zugesandt. Darin nimmt sich der Verlag das Recht, die journalistischen Pro-

heißt, der Autor muss selbst – „eigenhändig“ – zur Post gehen, in der Regel nicht ahnend, welchen Inhalts das abzuholende Schreiben ist. Zweifach muss un-

Nichts unterschreiben

terschrieben werden – auch auf dem Rückschein. Von diesem Moment an ist es gleich, ob die/derjenige den Brief mit der Unterschrift zurücksendet oder nicht. Sobald sie/er einen Beitrag oder ein Foto an den Verlag schickt, treten für sie /ihn diese neuen AGB in Kraft. Der Journalist und Buchautor Peter Köpf nennt das in einem Brief an Chefredakteur Uwe Vorkötterschlicht „Nötigung“.

Die Deutsche-Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di Berlin-Brandenburg rät allen Freien, nicht zu unterschreiben und den bereits vom Verlag frankierten Rückumschlag für einen „ausdrücklichen Wider-

spruch“ zu verwenden. Wer keinen Widerspruch einlegt, beugt sich dem Diktat des Verlages. Diese Regelungen widersprechen in eklatanter Weise einer angemessenen Vergütung, wie es das vor wenigen Wochen im Bundestag verabschiedete Urhebervertragsrecht vorsieht. Natürlich muss jeder für sich entscheiden, ob er diesem, seinem Auftraggeber entgegentritt. Erinnerung sei jedoch an die erste Welle verschickter AGB, nach der mehr als 40 Freie in einer gemeinsamen Aktion Widerspruch eingelegt hatten (SP 2/02). Weitere haben nicht geantwortet. Das erst machte es offenbar aus Sicht des Verlages notwendig, zum postalischen Rückschein zu greifen.

Die Berlin-Brandenburger dju in ver.di und der Berliner Journalistenverband haben die Verlagsleitung zu Verhandlungen über zeitgemäße AGB für Freie aufgefordert. Eine Antwort lag bis Redaktionsschluss noch nicht vor.

Karin Wenk

Ahnungslos zur Post

dukte im eigenen Verlag – auch mehrfach – zu verwerten und sie außerdem noch an Dritte weiter zu verkaufen. Die Autor/innen erhalten vom Erlös keinen Cent.

Der Verlag scheut nunmehr weder Kosten noch Mühe an sein Ziel zu gelangen. Dieses Mal wurden die AGB per Einschreiben mit Rückschein versandt. Das